

Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe
und der Zollverwaltung der DDR

Aktuelle Beiträge, Ausgabe 3 / 2014

**Zeitzeugen
der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen der DDR
zu den Ereignissen
im Herbst 1989 und im Jahr 1990**

Teil II

Redaktionsschluss: 15. Oktober 2014

Hrsgb.: ISOR e.V., Redaktion „ISOR Aktuell“, Franz – Mehring – Platz 1, 10243 Berlin
Tel. (030) 29784315 mail: ISOR-Redaktion@t-online.de
V.i.S.d.P. Prof. Dr. sc. jur. Horst Bischoff.

Inhaltsverzeichnis

1. Vorbemerkungen der Redaktion
2. Vernunft versus Gewalt S. 2
von Generalleutnant a. D. Horst Sylla, Chef des Militärbezirkes V
3. Zu den Ereignissen im Oktober/November 1989 im Militärbezirk III
von Generalmajor a. D. Klaus Wiegand, Chef des Militärbezirkes III
S.33
4. Meine Erinnerungen an die Zeit vor, während und nach der Öffnung
der Grenzübergangsstellen an der Staatsgrenze zu Berlin/West und
zur BR am 9. November 1989 S. 39
*von Oberst a. D. Werner Behrend, Hauptstab der NVA im
Ministerium für Nationale Verteidigung*
5. „Das Wunder von Berlin“ S. 45
*von Oberst a. D. Frithjof Banisch, Stellvertreter des Chefs des Stabes
der Grenztruppen der DDR*
6. Ein Stellvertreter des Kommandeurs des Grenzkommandos MITTE
erinnert sich S. 55
*von Oberst a. D. Heinz Geschke, Stellvertreter des Kommandeurs für
Grenzsicherung im Grenzkommando Mitte*
7. Aus meinem Tagebuch (Auszüge) S. 66
*von Oberstleutnant a. D. Harald Hentschel, Leiter der Politabteilung
eines Grenzregiments und Stellvertreter des Regimentskommandeurs*
8. Episoden am Runden Tisch in bewegter Zeit 1989/90 S. 70
von Hans Linke, Abteilung für Sicherheit BL Suhl

Vorbemerkungen

Mit dieser Sonderausgabe der KOMPASS-Reihe schließen wir unsere Artikelserie

Zeitzeugen der NVA und der Grenztruppen der DDR zu den Ereignissen im Herbst 1989 und im Jahr 1990 ab.

Nachdem im ersten Teil die Vertreter der obersten militärischen Führung zu Wort gekommen sind und ihren Beitrag zur historischen Wahrheit geleistet haben, legen hier die Kommandeure der nächsten Führungsebenen ihre Sicht auf die Ereignisse dar.

Ein wesentlicher Teil dieses Heftes ist den unmittelbar Betroffenen, unseren Grenzern, vorbehalten. Die Beiträge von

Oberst a. D. Banisch, Oberst a. D. Behrend, Oberst a. D. Geschke, Oberstleutnant a. D. Hentschel und vom Genossen Linke werden mit freundlicher Zustimmung der Interessengemeinschaft Grenzernachlässe und Archiv (IGRA) veröffentlicht.

Zur Hervorhebung der Grundgedanken und im Interesse der besseren Lesbarkeit hat die Redaktion in den meisten Beiträgen Zwischentitel eingefügt.

Die Redaktion

Vernunft versus Gewalt

- Zeitzeugenbericht -

*von Generalleutnant a.D. Horst Sylla
Chef des Militärbezirkes V*

Wer dieser Tage die Medien verfolgt, wird feststellen, dass die Bürgerrechtler der DDR sich redlich Mühe geben, das kollektive Gedächtnis des Volkes mit ihren Taten vor 25 Jahren einseitig aufzufrischen. Worum geht es ihnen eigentlich? Es geht um eine dauerhafte Uminterpretation der damaligen Ereignisse zur nachträglichen Rechtfertigung der bis heute andauernden Delegitimierung der DDR und ihrer Sicherheitsorgane. Der Wahrheit widersprechend, werden über sie Lügen, Halbwahrheiten und Verunglimpfungen verbreitet. Dass sie einen wesentlichen Anteil am friedlichen Verlauf der damaligen Ereignisse hatten, wird dem Kleingeist deutscher Erinnerungspolitik und der abweisenden Umgangskultur mit DDR-Bürgern überantwortet. Als Zeitzeuge, der täglich in diesem Prozess involviert war, möchte ich etwas zur geschichtlichen Wahrheit und zum Beitrag der NVA-Soldaten an den gewaltlosen Veränderungen darlegen. Zur Reflexion ist allerdings ein hohes Maß an historischen und militärischen Kenntnissen sowie politischer Sensibilität notwendig.

Der Verfassungsauftrag der Nationalen Volksarmee

Vorausschicken möchte ich, dass die Nationale Volksarmee (NVA) die Sicherheit und das friedliche Leben der DDR-Bürger bis zu ihrer Auflösung gewährleistet hat! Entscheidend für die Erfüllung des Verfassungsauftrages waren das militärische Leistungsvermögen und die Bereitwilligkeit der NVA-Soldaten. Bei aller Kriegsbezogenheit ihrer Ausbildung galt das Axiom, dass niemand für militärische Handlungen missbraucht wird. Erinnerung sei, dass 90 Prozent der Grundwehrdienstleistenden und 94 Prozent der Zeitsoldaten den Dienst zur Friedenssicherung und zur Verteidigung der DDR als gesellschaftliche Pflicht anerkannten und die gegebenen Dienst- und Lebensbedingungen mehrheitlich akzeptierten. Nach Ableistung des Dienstes waren für jeden der Arbeitsplatz und eine berufliche Perspektive garantiert. Obwohl die zunehmenden Einsätze in der Volkswirtschaft zu außerordentlichen Belastungen führten, wurden die militärischen Aufgaben mit hoher Leistungsbereitschaft und stabilen Ergebnissen erfüllt. Mit ihren einseitigen Abrüstungsmaßnahmen trug die NVA zur Stabilität in Europa bei und leistete einen beispielgebenden Beitrag zur Entspannungspolitik der DDR.

Ihre aktive Mitwirkung bei der Realisierung des Abschlussdokumentes der Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung, erfuhr bei Freunden und Gegnern eine hohe Wertschätzung. Hervorzuheben ist, dass die Armeeingehörigen aus redlichen Motiven handelten, die ihren humanistischen Sinn und Nutzen in der Friedensbewahrung hatten. Und wenn die Ereignisse 1989/90 friedlich verliefen, so war es schließlich das Resultat der Erziehung, Ausbildung und Reife der NVA-Soldaten.

Ich möchte zur allgemeinen Aufklärung beitragen, wobei ich eine gewisse Zurückhaltung gegenüber Personen, die selbst nicht mehr gehört werden können, befolge.

Zweifellos wurde von den Angehörigen der NVA im Ausbildungsjahr 1988/89 die politische, ökonomische und gesamtgesellschaftliche Krise in der DDR mit zunehmender Besorgnis bewusst wahrgenommen. Die krisenhafte Entwicklung in der Gesellschaft, die das Stimmungs- und Meinungsbild der Armeeingehörigen und Zivilbeschäftigten zunehmend beeinflussten, führte zu ernst geführten Diskussionen. Unverhohlen sind dabei vorwiegend politische und wirtschaftliche Veränderungen angemahnt und zunächst mit einer großen Erwartungshaltung zum Ausdruck gebracht worden. Fehlende Reaktionen führten allerdings zum Vertrauensverlust und blieben nicht ohne Auswirkung auf die NVA. Dennoch setzten sich die Angehörigen des Militärbezirkes engagiert und diszipliniert für die Überwindung der *zeitweiligen* Schwierigkeiten ein. Sie waren überzeugt, dass der Dienst für die Allgemeinheit und die Pflichterfüllung gegenüber dem Souverän in dieser komplizierten Lage zur Aufrechterhaltung der Stabilität und Ordnung notwendig ist.

Bis dahin gab es keine Probleme mit der Bevölkerung in den Garnisonen und Einsatzorten der Volkswirtschaft, weil die Masse der NVA-Soldaten unkompliziert, gewissenhaft und bereitwillig die übertragenen Aufgaben in ihrem Interesse erfüllte. Die Kommandeure aller Stufen unterstützten mit ihren Einheiten die örtlichen Organe, Betriebe, landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und gesellschaftlichen Einrichtungen bei der Überwindung der Schwierigkeiten vor Ort. Eine verantwortungsbewusste und volksverbundene Arbeit leisteten in dieser angespannten Lage die Wehrkommandos. Sie gingen bei ihren Entscheidungen stets von den konkreten Lagebedingungen in ihren Bezirken und Kreisen aus, wobei die Belange der Truppe immer öfter zurückgestellt wurden. Ihr engagiertes Mitwirken im Territorium ging nicht selten so weit, dass sie entgegen den gesetzlichen Bestimmungen Einberufungen zurückstellten bzw. gewünschte Freistellungen veranlassten.

Im territorialen Interesse organisierten sie die erforderlichen Kräfte und technischen Mitteln aus der Truppe und erfüllten die verschiedenartigsten Wünsche der Ratsvorsitzenden, Bürgermeister, Betriebsdirektoren, LPG-Vorsitzenden und Kirchenvertreter. Man verließ sich allerorts auf die schnelle und kostenlose Hilfe durch die Armee. Die erbrachten Leistungen und das Auftreten der Armeeangehörigen bewahrten die Verbundenheit zur Bevölkerung.

Mit der Zeit enthielten jedoch die Berichte der Chefs der WBK eine Reihe von Informationen über ernste Probleme und zunehmende Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet sowie über schwerwiegende Kritiken der Bevölkerung an der Partei- und Staatsführung. Wogegen es gegenüber der NVA keine nennenswerten negativen Meinungsäußerungen gab. Eine Ausnahme war Berlin. Hier war bekannt, dass bestimmte Kreise aktiv Einfluss suchten, die aber bis dahin keine Massenbasis erreichten. Bei den Soldaten des Militärbezirkes gab es keine offenen Äußerungen, die sich gegen das politische System der DDR richteten.

Etappen der krisenhaften Entwicklung

Komplizierter wurde die Lage erst, als *Wirtschaftsflüchtlinge* die BRD-Botschaften in Prag und Warschau besetzten und die politische Führung der DDR zunächst nicht und danach völlig unangemessen reagierte. Diese Führungsschwäche wirkte deprimierend, verunsicherte und führte schließlich zum Vertrauensverlust. Dass danach die gesellschaftlichen Widersprüche in der DDR derart systemgefährdende Ausmaße annehmen könnten, lag jenseits unserer Vorstellungskraft. Als Militärs erkannten wir sehr wohl, dass die Existenz der DDR in Gefahr war, doch zu keinem Zeitpunkt - und das kann ich voller Überzeugung sagen - gab es Pläne, die NVA mit Waffengewalt zur Erhaltung des Systems und gegen die eigene Bevölkerung einzusetzen. Den Beweis gibt der weitere Verlauf der krisenhaften Entwicklung, die sich allgemein in vier Zeiträumen charakterisieren lässt.

1. Bis zum November 1989 erfüllten alle Verbände, Truppenteile und Wehrkommandos die gestellten Aufgaben diszipliniert und vorwiegend mit guten Ergebnissen. Der tägliche Dienst verlief, trotz besonders hoher Belastungen der Linientruppen, weitgehend planmäßig. Die von den Kommandeuren notwendigerweise veränderten Planungen gewährleisteten die Funktion des Führungs- und Diensthabenden Systems, die Vorbereitung und Durchführung der wichtigsten Ausbildungsaufgaben, die Sicherung der Objekte, Bewaffung und Munition sowie die Erfüllung der Aufgaben in der Volkswirtschaft.

Das einträchtige Zusammenleben mit der Bevölkerung in den Standorten blieb unverändert.

2. Vom November 1989 bis März 1990 verunsicherten vor allem neu gegründete politische Organisationen, mit ihren unklaren Zielen, unterschiedlichen Absichten und politischen Forderungen, die Angehörigen des Militärbezirkes und provozierten lokale Konflikte. Durch das engagierte und verantwortungsbewusste Wirken der Truppenkommandeure und Wehrkommandos gelang es, in den Standorten des Militärbezirkes gegenseitige Vorbehalte zwischen den Armeeingehörigen und der Öffentlichkeit abzubauen sowie gesteuerte Provokationen zu verhindern.

3. Ab März 1990 bis zum Juli 1990 konnte im komplizierten Machtgefüge zwischen Regierung, Bürgerbewegungen und dem politischen Einwirken der BRD, eine relative Konsolidierung der Verhältnisse in den jeweiligen Standorten erreicht werden. Die Führungskräfte aller Stufen haben immer wieder Besonnenheit angemahnt und verhinderten unbedachte, unberechenbare Reaktionen und sicherten eine relative Beruhigung in den Verbänden und Truppenteilen.

4. Nach dem „Wunder vom Kaukasus“¹ bis Ende September 1990 konnten die Angehörigen des Militärbezirkes die Maßnahmen der Politik nicht mehr verifizieren und gerieten in die größte Unsicherheit, die zum Wegbrechen des Vertrauens in die neue *politische Klasse* führte.

Die sich ständig ändernde Lage sowie die widersprüchliche Entwicklung in dieser Zeit, belasteten die NVA-Soldaten außerordentlich, oft bis an die Grenze des Erträglichen. Dass sie dennoch verantwortungsbewusst handelten und sich jeglicher Gewaltanwendung enthielten, ist Gegenstand der weiteren Darlegungen.

Die letzte Militärparade

Trotz der komplizierten Entwicklung in der DDR, wurden die komplexen Aufgaben des Ausbildungsjahres 1988/89 mit guten Ergebnissen realisiert. Wie in jedem Jahr bereitete der Militärbezirk die Ehrenparade zum 40. Jahrestag der DDR vor. Sie erhielt wie immer von den Berlinern die uneingeschränkte Unterstützung und wurde ohne jegliche Vorkommnisse ausgeführt. Entsprechend der Militärdoktrin der DDR, war sie erneut auf den Verteidigungsauftrag der NVA ausgerichtet, was durch die verringerten Marschformationen und die mitgeführte Technik und Bewaffnung deutlich zum Ausdruck kam.

Die anschließenden, traditionell durchgeführten Treffen mit der Bevölkerung und die damit verbundene Verabschiedung der Paradetruppen in die Standorte, erfolgten in vertrauter, aufgeschlossener Art und Weise und ohne jegliche Störungen. Obwohl man in Berlin Provokationen in Betracht zog, entschied der Minister, dass keine Truppen in Berlin verbleiben und alle wie geplant vollständig in die Standorte zurückzuführen sind. Die militärischen Zeremonie am 7. Oktober und die traditionellen Festveranstaltungen, bei denen die Würdigung von Armeeingehörigen und Zivilbeschäftigten erfolgten, fanden öffentlich in allen Standorten statt. In gewohnter Verbundenheit nahmen daran Vertreter der örtlichen Bevölkerung teil. Beweise, dass die Akzeptanz der NVA von der Masse der DDR-Bürger in keiner Weise beeinträchtigt war.

Der weitere Dienstablauf nach dem 40. Jahrestag der DDR verlief geordnet. Die für das Ausbildungsjahr 1988/89 geplanten Maßnahmen und die zusätzlichen Aufgaben in der Volkswirtschaft, konnten mit einer positiven Bilanz abgeschlossen werden. Planmäßig erfolgten die Versetzungen in die Reserve (26./27.10.1989). Sie wurden nach dem üblichen Ablauf militärisch diszipliniert durchgeführt. Wesentlich mehr Familienangehörige holten die Reservisten aus den Dienststellen ab. Sie führten mit den Vorgesetzten vor und nach den Verabschiedungsappellen aufgeschlossene Gespräche. Militärisch ausgedrückt: „Es gab keine besonderen Vorkommnisse!“ Das Ausbildungsjahr wurde erfolgreich und ordnungsgemäß beendet. Die Ergebnisse wurden in der NVA sachlich und kritisch ausgewertet. Reibungslos erfolgten am 01. und 02. November 1989 die Einberufungen und der Beginn der Rekrutenausbildung. Unter diesen Bedingungen wurde das Ausbildungsjahr 1989/90, geplant, bestätigt und organisiert. Damit ist erwiesen, dass der Zustand bis zum Ende des Jahres stabil war.

Die Grenze wird durchlässig

Nach der Grenzöffnung und der Mauerbesetzung wurde jedoch die *Meinungs- mache* von außen politisch gesteuert, deren wahre Absichten und Zusammenhänge nicht gleich von den Armeeingehörigen durchschaut wurden. Besonders die politischen Ereignisse im Oktober und November in Dresden, Berlin und Leipzig sowie die spontan auftretenden Veränderungen in der folgenden Zeit, stellten die Angehörigen des Militärbezirkes, wenn auch im Nachlauf zu den Südbezirken, vor außergewöhnliche Bewährungsproben. Die Funktionsfähigkeit der Führung stand auf dem Spiel.

Mit der Absicht, die vorhandene Ordnung zu untergraben, bildeten einige Armeeangehörige Cliques. Sie verbreiteten illegal Flugschriften und gegen die NVA gerichtete Argumente.

Zum Teil verleumdete sie vor allem Führungskräfte, so dass schließlich einige aus allen Dienstgradgruppen nicht mehr unterscheiden konnten, was redlich und ehrenhaft ist. Besonders nach den Demonstrationen in Schwerin (23. Oktober 1989), in Neubrandenburg (18. November 1989) und anderen Standorten versuchten einige NVA-Angehörige diesen Geist provokant in die Kasernen zu tragen. Sie probierten Anhänger zu gewinnen, die Vorgesetzten zu isolieren und die Geschlossenheit der Einheiten aufzuweichen. Es bestand die reale Gefahr, dass die Führbarkeit verloren geht, Chaos entsteht und in Gewalt ausartet. Nur durch das situationsgerechte Reagieren der Kommandeure, die statt ihrer Disziplinarbefugnisse den Dialog mit ihren Unterstellten führten, verhinderte eine drohende Konfliktverschärfung. An dieser Stelle will ich aber ausdrücklich hervorheben, dass die Masse der Armeeangehörigen sich loyal verhielt und sich nicht an derartigen Aktionen beteiligten.

Interne Auseinandersetzungen

Den Erfordernissen und der Lage entsprechende Entscheidungen wurden nicht getroffen. Somit forderte das Offizierskorps, auch im Sinne der Unteroffiziere und Soldaten, dringende Veränderungen. In deren Folge kam es im Ministerium für Nationale Verteidigung zu intern geführten Auseinandersetzungen. Die Auflehnung gegen den Minister und einige Stellvertreter eskalierte bis zur Aufkündigung der Gefolgschaft und führte schließlich zu deren Ablösung. Der allgemeine Grunddissens bestand darin, dass der Minister die Ursachen der zunehmenden Krise in der DDR und der NVA nicht zum Gegenstand einer gründlichen Lageanalyse machte und der Situation entsprechende Entscheidungen traf. Dieser NVA-interne Schritt wurde nicht von außen und schon gar nicht von Politikern oder Militärs der BRD erzwungen.

Da die Truppe eindeutige Führungsentscheidungen zur Stabilisierung der Lage erwartete und an den im Ministerium statt gefundenen Auseinandersetzungen unbeteiligt war, wurde die straffe und ununterbrochene Führung zeitweilig gestört und untergrub in dieser Zeit ernsthaft die Geschlossenheit der Streitkräfte. Infolge dieser Führungsschwäche konnten sich Personen und Gruppen durch *Aufkündigung des Gehorsams* profilieren und aktiv werden. Das zugelassene freie Spiel der Chaoten, von denen es weder realisierbare Forderungen, geschweige substantielle Vorschläge gab, wollte in dieser spannungsgeladenen Zeit die gesetzliche und militärische Ordnung in einigen Truppenteilen bzw. Standorten von außen stören.

Diese Versuche, den noch stabilen Zustand in einigen Stäben, Truppenteilen, Einheiten und Einrichtungen aufzuweichen, erhielten aber keine allgemeine Unterstützung. Bis dahin erfolgte im Militärbezirk ein relativ organisierter Dienst, der die Beherrschung der Gesamtlage gewährleistete, das Aufweichen der Disziplin und Ordnung verhinderte und die Objekte, Technik und Bewaffnung sicherte.

Besonnenheit trotz Eskalation

Doch die Ereignisse im politischen Geschehen überschlugen sich. Es begann der schnelle Zerfall der politischen und Staatsautorität in der DDR. In einem Kompetenzchaos und Profilierungsgerangel ohnegleichen befehdeten sich zivile und militärische Instanzen mit den widerspruchsvoll handelnden Bürgerbewegungen, in deren Folge erfasste ein weiterer Sinn- und Orientierungsverlust die Armeeingehörigen. Erhofften und gewollten Veränderungen wurde dadurch der Boden entzogen und es wurden neue Konflikte provoziert. Die Zeit ohne überzeugende Argumente öffnete Spekulationen ein weites Feld. Somit kam es im Militärbezirk zu einigen Unruhen und teilweise zu Nötigungen, die anfangs überhaupt nicht politisch untersetzt waren. Zum Teil eskalierten Forderungen die außerhalb der Legalität waren. Es ist dem verantwortungsbewussten und flexiblen Handeln der Offiziere und Unteroffiziere in den kleinsten Einheiten sowie der politischen und moralischen Vernunft der übergroßen Mehrheit der Soldaten zu verdanken, dass der weitaus größte Teil der Armeeingehörigen und Zivilbeschäftigten loyal seine Pflicht – entsprechend der Verfassung der DDR – getan hat und trotz Provokationen besonnen reagierte. Sie beteiligten sich nicht an den spontan organisierten Demonstrativhandlungen und verweigerten sich bewusst provokanten Wortführern, die ohnehin kein Mandat hatten. Und noch eine Tatsache spricht für die große Mehrheit der Soldaten, obwohl es vereinzelt anonyme, kriminelle Drohungen gab, wurde kein Vorgesetzter physisch bedroht oder gar angegriffen!

Eine Ausnahme bildeten die Ereignisse im Standort Beelitz. Dazu gibt es ambivalente Erklärungen und Einordnungsmuster. Sie sind schon hinlänglich kritisch diskutiert und im Detail vermutlich so bekannt, dass ich mich hier nicht weiter äußern will. Die kritische Situation wurde durch Zurückhaltung und Zugeständnisse des Ministers gelöst. Es wurde gegen niemand rechtliche oder disziplinarische Maßnahmen eingeleitet. An dieser Stelle muss aber ausdrücklich hervorgehoben werden, dass die Mehrheit der NVA-Soldaten sich weiterhin loyal verhielten und ihre Dienstpflichten erfüllten.

Nach diesem außergewöhnlichen Ereignis gelang es den Vorgesetzten in allen Standorten, die Disziplin und militärische Ordnung aufrechtzuerhalten, die Sicherheit der Objekte, Waffen und Geräte zu gewährleisten, Fahnenfluchten trotz offener Grenze gering zu halten und die militärische Tätigkeit organisiert fortzusetzen.

Die Destabilisierung schreitet voran

Aber die Lage war nicht stabil und veränderte sich fast täglich. Besonders nach der Auflösung der Politorgane, begannen einige mandatslose *Bürgerrechtler* in einigen Truppenteilen das entstandene Vakuum auszunutzen. Sie versuchten geistig entliehene Aufrufe, Flugschriften u. a. m. an den Mann zu bringen und in einigen Standorten (Prenzlau, Fünfeichen, Schwerin) politische Veranstaltungen zu organisieren. Allgemein waren es einzelne Unteroffiziere, die während des Ausgangs oder Urlaubs von *demokratischen Organisationen* angeregt und beauftragt wurden, in deren Sinne, eine politische Basis zu schaffen. Als sich verantwortungsbewusste Offiziere aktiv und demokratisch mitwirkten und die große Masse der Soldaten inaktiv blieb, versandeten derartige Aktionen sehr schnell.

Die außergewöhnlich schnelle Veränderung der Lage in den Staaten des Warschauer Vertrages und die negative Entwicklung in der DDR führten bei den Angehörigen des Militärbezirkes, mit Beginn des Jahres 1990, zu einem subtilen Sinn- und Werteverfall. Eine der wesentlichen Ursachen war die schwache politische Führung, insbesondere ihre schwankenden Reaktionen bei unerwarteten, bisher unbekanntem und spontan auftretenden Ereignissen, auf die niemand von uns vorbereitet war. Die daraus resultierenden Widersprüche veränderten die Einstellung der Armeeangehörigen zur militärischen Tätigkeit. Unklarer Auftrag und fehlende Orientierung führten zum Verlust der Dienstmotivation. Wenn auch graduell sehr differenziert, ging der Sinn des Soldatseins bei allen Dienstgraden im Verlauf der sich permanent verändernden Lage verloren.

Der allgemeine Veränderungswille in der Gesellschaft machte zunehmend auch vor den Kasernentoren des Militärbezirkes nicht Halt. Da es von keiner Seite, weder von der Regierung, noch von den Vertretern der Bürgerbewegung, klare sicherheitspolitische Orientierungen gab, entstand ein Führungsvakuum, welches die allgemeine Verunsicherung vergrößerte. Charakteristisch war, dass die alten Autoritäten der Führung sich zurückzogen und die Bürgerrechtler nicht im Ansatz ein Konzept zur Beilegung der gesellschaftlichen Krise hatten.

Kaum jemand der alten oder neuen Verantwortungsträger bemühte sich, die Verfassung, Gesetze und Vorschriften einzuhalten oder gar konsequent durchzusetzen. Vieles wurde zu einer Ermessensfrage von dem, der gerade *das Sagen* hatte. Dadurch existierten in einigen Truppenteilen des Militärbezirkes eine irritierte Mehrheit, politisch Ratlose und einige zur Macht strebende Demagogen.

Die Bevölkerung der DDR ist bei diesem Streit um Ursachen der gesellschaftlichen Krise und um die Bestimmung neuer Wege zuerst durch die *Bürgerrechtler* und dann durch die sich dreist einmischenden BRD-Politiker auseinander getrieben worden. Die Masse der Älteren, welche den Zweiten Weltkrieg und seine Nachwirkungen traumatisch erlebten, bemühten sich um den Erhalt der verfassungsmäßigen Ordnung und die Normalisierung der gesellschaftlich-politischen Lage im Lande. Während ein Teil der Jüngeren zu radikalen, illusionären Veränderungen strebte, fehlte eine handlungsfähige Autorität. Die gemeinsame Sache interessierte viele nur soweit, solange sie dadurch persönliche Vorteile erheischten. Wenn der eigene Nutzen nicht erreicht wurde, war man nicht mehr mit von der Partie. Die verwirrenden gesellschaftlichen Verhältnisse und der Machtpoker der *Demokraten*, erschwerte zunehmend die Führung in den Truppen und Dienststellen des Militärbezirkes. Nur mit besonnener Zurückhaltung konnte ein sittenloses Chaos und das Umschlagen in Gewalt verhindert werden. Um in dieser Zeit den verantwortungslosen Einfluss von außen zu beherrschen, beteiligten sich in allen Standorten Offiziere und Unteroffiziere an Veranstaltungen in der Öffentlichkeit und führten sachliche Dialoge mit Vertretern gesellschaftlicher Organisationen und der Kirchen. Dabei brachten sie unmissverständlich zum Ausdruck, dass sich die Angehörigen der NVA in keiner Weise dem allgemeinen Veränderungswillen des Volkes entgegenstellen werden. Sie leisteten, in oft sehr kritischen Situationen, einen wirksamen Beitrag zur Vertrauensbildung, zur Verhinderung von Demonstrativhandlungen gegen die NVA und zur Verhinderung von Gewalt.

Doch die Lage entwickelte sich weiterhin negativ. Situationsbedingt wurden einige immer dreister und agierten mit Nötigungen und Erpressungen (Straftaten). Sie spekulierten darauf, dass wir uns ihren Provokationen nicht widersetzen. So wurde eine Montagsdemo in Neubrandenburg zum Objekt des Kommandos von den Kirchenvertretern vorbereitet und die Forderung erhoben, dass wir die Wachen zurückziehen und die Dienststelle öffnen sollten. Eine Provokation, der wir uns nicht beugen konnten, weil die Folgen unabsehbar waren.

Schließlich standen die Armeeingehörigen in der Pflicht und waren bereit, das Objekt zu verteidigen. In dieser kritischen Lage nahmen wir, über den Leiter des WKK Neustrelitz, mit dem Landeskonsistorialrat Winkelmann Kontakt auf. Wir besprachen mit ihm die Risikosituation sowie die unberechenbaren Folgen und kamen überein, maximale Zurückhaltung zu erreichen und die Probleme im Dialog zu lösen. Nach dem Gespräch begab sich Herr Winkelmann ohne zu zögern nach Neubrandenburg und verhandelte mit den Organisatoren der geplanten Demo. Im Ergebnis teilte er uns mit, dass die Demonstration nicht zum NVA-Objekt erfolgen wird, was auch geschah.

Landeskonsistorialrat Winkelmann – ein wahrer Christ

Herr Winkelmann machte uns das Angebot, ihn jederzeit kontaktieren zu dürfen, wenn es darum geht, unbedachte Handlungen gegeneinander auszuschließen. Danach kam es zu einem weiteren Gespräch in seinem Amtssitz. Im Beisein des Stabschefs des WBK und des Leiters des WKK baten wir den Landeskonsistorialrat, in seinem Verantwortungsbereich Einfluss zu nehmen, dass provokative Handlungen gegen die NVA nicht zu gelassen werden. Es entsprach seiner christlichen Grundhaltung, dass er sich in der folgenden Zeit dafür persönlich einsetzte. Bei diesem Gespräch erfuhren wir noch von ihm zwei Dinge, die ich hier nur andeuten kann, weil sie den Christen Winkelmann charakterisieren. Nach seiner beeindruckenden Erzählung wurde er unmittelbar nach dem Kriege, unter dem Verdacht, dem Werwolf anzugehören, im Lager Fünfeichen gefangen gehalten. Nach Gründung der DDR gelangte er in den Strafvollzug Calau, wo er 1952 auf Erlass des Präsidenten Wilhelm Pieck freigelassen wurde. Kritische Bemerkungen machte er zum Verhalten der Pastoren Gauck, Meckel und Eppelmann, die durch ihren Sinneswandel in die Politik gingen, das Evangelium zur Seite schoben und das Image eines Christen verloren haben. Der Landeskonsistorialrat stand uns auch nach dem Ende der DDR hilfreich zur Seite.

Angesichts der gesellschaftlichen Veränderungen in der DDR wurde eine Korrektur des militärischen Auftrages notwendig. Unter Beachtung des Primats der Politik erwarteten die Angehörigen der NVA einen klaren Auftrag, der die Notwendigkeit der militärischen Tätigkeit allgemein verbindlich und regierungsamtlich zum Ausdruck brachte. Außerdem mussten die Regelungen für die Dienst- und Lebensverhältnisse reformiert werden.

Diesem Auftrag entsprach die eingeleitete Militärreform. Die dafür getroffenen Entscheidungen und aufgenommenen Vorschläge bzw. Forderungen wirkten motivbildend und stabilisierten auch den allgemeinen Dienstverlauf in der Truppe.

Doppelherrschaft und ihre Folgen

Dennoch entstanden im Frühjahr durch die schwierige Lage in der Gesellschaft immer wieder neue Konfliktfelder. Durch Unkenntnis der Sachverhalte und die Verbreitung übler Gerüchte entstanden in den Standorten zwischen der Bevölkerung und den stationierten Truppen kritische Situationen, die für Unruhe sorgten und die Stimmung gegen die NVA aufheizten. Als Anfang Februar die vorbereitete Überführung von ausgesonderter Technik der Kampfgruppen und des Ministeriums für Staatssicherheit zur eingeforderten Verschrottung erfolgte, wurde von wachsamem *Beobachtern der NVA* panikartig verbreitet, die 9. Panzerdivision rollt nach Berlin. Das löste unbegründet Angst und Schrecken aus und provozierte erneut einen Vertrauensverlust bei der Bevölkerung. Die Verbreitung dieser Ente wurde schließlich nur genutzt, um die Unberechenbarkeit der NVA zu suggerieren. Damit wurden Verwirrung und Zweifel hervorgerufen. Selbsternannte *Bürgerrechtler* versuchten in einigen Standorten im Auftrag eines *demokratischen Gremiums* den Kommandeuren Aufgaben zu stellen und forderten militärische Aufgaben nur mit ihrer Zustimmung auszuführen. In dem Zusammenhang forderten einige dreist die Herausgabe der Einsatzdokumente. Kriminell waren die ultimativen Versuche, unsere geschützten Führungsstellen zu übergeben, weil die *Bürgerrechtler* die angeblichen Atomlager unter ihre Kontrolle nehmen wollten. Die oft auf sich allein gestellten Offiziere handelten besonnen und erreichten durch aufklärende Gespräche mit den aufgewiegelten Bürgern eine Entschärfung der Situation und verhüteten Gewaltausbrüche.

Hinzu kam, dass die *freie Berichterstattung* das Verhältnis zur Bevölkerung sowie das Stimmungs- und Meinungsbild negativ beeinflusste. So wurden breit und detailliert über die Auflösung von Einheiten, Befehlsverweigerungen und die Nichtteilnahme an Ausbildungsmaßnahmen berichtet. Der Medienkrieg wollte der Öffentlichkeit einen desolaten Zustand der NVA präsentieren. Einige dieser Schreiber waren überhaupt nicht vor Ort. Fakt ist, dass solche Ereignisse in der NVA nie Massencharakter annahmen und nie gleichzeitig auftraten. Sie wurden von der Masse der NVA-Soldaten abgelehnt, nicht unterstützt und hatten keinen bestimmenden Einfluss.

In der Regel konnte diesen spontan aufgetretenen Erscheinungen schnell der Boden entzogen werden. Es soll allerdings nicht verschwiegen werden, dass durch spontane Provokationen, der organisierte Dienst in einigen Einheiten zeitweilig gestört wurde.

Beginnende Auflösungserscheinungen und extreme Reaktionen

Eine solche Erscheinung gab es im Standort Stahnsdorf. Teile des Regimentes sollten planmäßig an einer gemeinsamen Ausbildungsaufgabe mit der Sowjetarmee teilnehmen. So hatte das erste Bataillon seine planmäßige Übung gemeinsam mit einem sowjetischen Verband zu absolvieren. Mangelnde Zielstrebigkeit und abwartendes Verhalten bei der Vorbereitung der Teilnehmer förderten Unklarheiten über die Durchführung, in deren Folge ein Feldwebel² die *Initiative* ergriff und die Soldaten seiner Kompanie überredete, die Teilnahme zu verweigern. Seine Gründe waren ein Konglomerat *tagespolitischer Argumente, wie Pazifismus, Ökonomie und Ökologie*, die er vordergründig anführte und von anderen übernommen wurden. In der Pflicht gegenüber dem Waffenbruder stehend, sprachen die Vorgesetzten mit allen Soldaten dieser Einheit. Unterstützt durch den damaligen SPD-Spitzenkandidat, Dr. Romberg³, ließen sich alle Soldaten schließlich zur Teilnahme an der Übung überzeugen. Geschlossen und engagiert erfüllten die Soldaten während der Übung alle Aufgaben. Das Bataillon erhielt eine gute Bewertung. Die differenzierten Aussprachen mit den Soldaten offenbarten jedoch die unterschiedlichsten Auffassungen und Widersprüche zur gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR. Sie basierten auf einer großen Unsicherheit und die Ungewissheit über die eigene Zukunft, die auch Dr. Romberg den Soldaten nicht beantworten konnte.

Kompliziert wurde die Lage in einigen Standorten, als Berufs- und Zeitsoldaten dem *unerträglichen Spuk* ein Ende bereiten wollten, nicht weil sie der demokratischen Entwicklung entgegenstanden, sondern weil Grundfesten der Sicherheit, der Ordnung und des Zusammenlebens zerstört wurden und drohten, außer Kontrolle zu geraten. Sie forderten die Aufhebung der Selbstbeschränkung und Fairness, weil man die NVA-Soldaten immer wieder zum Interessenspielball politischer Vorlieben machte und destruktive Kampagnen gegen sie durchführte. Nicht selten wurden sie, in unvernünftiger Art und Weise, durch die chaotische Tagespolitik an die Grenze ihrer Belastbarkeit getrieben, was häufig ein untragbares Ausmaß erreichte.

Dabei strebten einige Akteure nach demonstrativen Exempeln zur Unterbindung dieser Entwicklung. Sie stellten gefährliche Forderungen, wie z.B. vollständige Auflösung der Truppe, sofortiges Verlassen der Kasernen und Preisgabe der Technik, Bewaffnung und Munition. Im Ergebnis der dazu sehr kontrovers geführten und internen Auseinandersetzungen, sowohl unter den Führungskräften als auch in den Verbänden, Truppenteilen und Einrichtungen der NVA, konnte letztendlich unser bisherige Kurs der abgeklärten Führung, der sachdienlichen Entscheidungen und disziplinierten Aufgabenerfüllung auf der Basis der Vernunft, Besonnenheit und Toleranz aufrechterhalten werden.

Eine neue Welle von Unruhen unter den NVA-Soldaten löste die Montagsdemo vom 12. Februar 1990 in Leipzig, mit der Parole: „Wir sind ein Volk“ aus, die zwar verzögert, aber nach und nach kontroverse Diskussionen im Militärbezirk auslöste. Die mit Tonnen von importierten Aufklebern und Flugblättern unternommene Aktion, gab die Richtung für die bevorstehenden Wahlen vor und löste dadurch neue Unsicherheiten aus. Die weitere Entwicklung wurde nicht mehr von den Interessen der DDR-Bürger bestimmt, sondern in zunehmendem Maße von außen, besonders von BRD-Politikern. Neue, bisher unbekannte Positionen und Ansichten lösten Provokationen aus, die das Recht und die Ordnung bis zur Unkenntlichkeit untergruben und ausschließlich von uns unbekanntem, individuellen Gruppeninteressen bestimmt waren. Versuche, den gesellschaftlichen Grundkonsens des geordneten Zusammenlebens aufzugeben und die Gesellschaft zu spalten, wurden toleriert, wenn nicht gar unterstützt. Verfallende Moral und abnehmende Rechtstreue provozierten kriminelle und nicht zu rechtfertigende Machenschaften. Obwohl Regierung und *Runder Tisch* einvernehmlich Recht und Ordnung einforderten, begannen staatliche Organe ihre Verantwortung, besonders in ordnungsrechtlichen Bereichen, aufzugeben. Dieser Zustand beeinflusste in unterschiedlichem Maße das Stimmungs- und Meinungsbild im Militärbezirk. Durch das verantwortungsvolle Handeln aller Führungskräfte und die loyale Mitwirkung der Mehrheit der Armeeingehörigen und Zivilbeschäftigten, konnten unkontrollierte Aktivitäten in dieser angespannten Zeit verhindert werden.

Die Rolle der Bürgerbewegungen, der *Runden Tische* und der Kirchen

Aber die schwer überschaubare Entwicklung, Informationsverluste über den erreichten Stand der Militärreform, unaufgeklärte Gerüchte, Frust vor Neuem und Unbekanntem verunsicherten im Militärbezirk besonders die jungen Führungskader bei der Durchsetzung der Rechts- und Dienstvorschriften in ihren Einheiten.

Es gab Konflikte dort, wo Armeeingehörige oder Zivilbeschäftigte ihre *demokratische Mitwirkung* missbrauchten, um eigene ideologische Auffassungen und individuelle Positionen anderen aufzuzwingen. Einheiten die nicht *mitzogen*, wurden von den eigenen Kameraden unter Druck gesetzt und ihnen angedroht, dass sie bei ihrem loyalen und passiven Verhalten später natürlich keine Chancen erhalten werden. Solche Typen agierten im Prinzip bei Abwesenheit der Vorgesetzten, nachts und anonym per Telefon. Vor allem Trittbrettfahrer vermieden den offenen, immer wieder angebotenen Dialog der Vorgesetzten. Für eine Mitarbeit zur Lösung der von ihnen provozierten Probleme waren sie ohnehin nicht bereit. So wurden die Soldaten und Unteroffiziere in einer emotional wirkenden Weise zu erweiterten Forderungen animiert und ihnen suggeriert, dass sie der schnelle Westwohlstand im Truppendienst nicht erreichen würde. Danach strebten einige ihre sofortige Entlassung aus dem Wehrdienst an. Ein sehr ernstes Problem bestand darin, dass ihre Arbeitsplätze, entsprechend der DDR-Gesetze, als nicht mehr gesichert galten. Das führte zur Entstehung von neuen, in der Truppe nicht sofort lösbaren Sachlagen.

Eine aufopferungsvolle und initiativreiche Arbeit leisteten in der angespannten Lage die Kommandeure in den Garnisonen und die Leiter der Wehrkreise. Ihnen ist es in erster Linie zu verdanken, dass sie trotz großem politischen und psychologischen Druck durch einen Teil der Bevölkerung, aber auch einiger Soldaten, immer wieder Entscheidungen trafen, die einen gewaltlosen Verlauf der gesellschaftlichen Veränderungen in allen kritischen Situationen sicherten. Sie stellten sich in den Standorten (u. a. Eggesin, Glöwen, Burg, Hagenow, Brandenburg, Oranienburg, Kietz) den Bürgerbewegungen und erreichten einvernehmliche Bedingungen, die ein relativ störungsfreies Nebeneinander und eine planmäßige Dienstdurchführung ermöglichten. Ebenso strebten sie in einigen Garnisonen (Neustrelitz, Prenzlau, Wittstock, Zossen u. a.) gemeinsame Arbeit zur Lösung von aktuellen lokalen Problemen an. Dabei ging es auch um die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Truppen. Allerdings gab es auch von Parteigebundenen und Bürgerrechtlern gegenüber einigen Leitern von WKK (Rostock, Malchin, Grimmen, Bad Doberan, Wismar, Waren, Wolgast) eine ablehnende Haltung hinsichtlich der von uns angestrebten Zusammenarbeit.

Im Interesse der weiteren Ausprägung der Öffentlichkeitsarbeit wurden über militärische Maßnahmen gesellschaftliche Kräfte informiert und dazu eingeladen. So auch zu den Musterungen. Z.B. nahm der Kreisoberpfarrer von Zerbst am 21. März an einer Musterung von Wehrpflichtigen teil und bewertete diese als Beitrag zur Vertrauensbildung.

Ausgehend von persönlichen Erfahrungen sprach er sich in der Öffentlichkeit über diese Entwicklung und das Verhältnis zur NVA anerkennend aus. Ähnliche Beispiele gab es in anderen Standorten. Die Ergebnisse aller durchgeführten Einberufungsüberprüfungen im Militärbezirk ließen einen guten Stand an Wehrbereitschaft erkennen.

Zu dem Zeitpunkt zeigte die Lage unter der Bevölkerung des Militärbezirkes folgendes Bild: Allgemein werden die Truppenteile, Wehrkommandos und Einrichtungen in den Standorten akzeptiert und in die Lösung örtlicher Probleme einbezogen. Das geschah allerorts auch am Runden Tisch. Zunehmende Probleme gab es mit den in der Volkswirtschaft eingesetzten Kräften, besonders wenn sie in den Heimatstandorten beschäftigt waren. Nicht selten forderten die Betriebe aufgrund mangelnder Arbeitsleistungen, Bummelei, Alkoholmissbrauch u. a. m., deren Austausch. Deformierte moralische Haltungen spielen eine zunehmende Rolle.

Lokale Angriffe gegen die NVA gab es von notorischen Gegnern jeglicher Streitkräfte, den Pazifisten und ökologisch orientierten Bürgern, die überhaupt kein gesellschaftliches Mandat besaßen. Im Prinzip ging es aber um individuelle Haltungen, die den Massen suggeriert werden sollten bzw. es standen handfeste individuelle Interessen dahinter. Man wollte sich auf Kosten der NVA politisch profilieren oder bereichern. So forderten einige beauftragte Wichtigtuer die kostenlose Übergabe und Nutzung unserer Naherholungseinrichtungen und Kinderferienlager. Nur durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit anerkannten Vertretern konnten wir unsere Interessen bewahren und das Volkseigentum schützen.

Die Wahlen zur Volkskammer und ihre Folgen

Die Wahlen zur Volkskammer der DDR wurden befehlsgemäß durch das Kommando des Militärbezirkes, die Stäbe der Verbände und Truppenteile sowie die Wehrkommandos administrativ vorbereitet und organisatorisch sichergestellt. Allerdings führten der Wahlkampf der Parteien und Bewegungen, die zu erwartende Bildung einer neuen Regierung sowie die Fernsteuerung aus Bonn den Militärbezirk in eine neue politische Situation.

Er wurde widersprüchlich reflektiert und polarisierte die Armeeangehörigen und Zivilbeschäftigten. Kritische Situationen gab es in einigen Standorten, wo Vertreter der politischen Parteien und Bewegungen ihren Wahlkampf in den Dienststellen austragen wollten.

Einzelne versuchten das militärische Führungsprinzip zur Einflussnahme auf die Armeeangehörigen zu nutzen. Manche Wahlaussagen und Meinungsäußerungen über die NVA führten zu Emotionen, den oft nur schwer beizukommen war. Es fehlten klare Orientierungen.

Da die sich ergebenden Probleme nicht vorausbestimmbar waren und neue Konflikte entstehen bzw. alte verschärfen konnten, wurden die Kommandeure aufgefordert, keinesfalls abwartend den Prozess zu begleiten. Von den Vor- gesetzten aller Stufen wurden vorwiegend alle Aussagen zu militärpolitischen und militärischen Absichten, hinsichtlich möglicher Folgen für das Weiter- bestehen bzw. die Perspektive der NVA, debattiert. Sie erwarteten von der neuen Regierung eine klare Stellungnahme zur NVA. Angesichts der politischen Auseinandersetzungen mit den ungewohnt extrem auseinander gehenden Gruppeninteressen und Vorurteilen standen ebenso Fragen möglicher Zukunftserwartungen im besonderen Interesse. Angehörige der Wehrkommandos äußerten sich dahingehend, dass die vielen anerkannten Vorschläge zur Militärreform nach den Wahlen unbeachtet bleiben werden, d.h. keine Gesetzeskraft erhalten. Mit Unverständnis und Ablehnung wurde die Wahlkampfpraxis diskutiert. Vor allem die Berufskader äußerten ihren Unwillen über die massive Einmischung in den Wahlkampf und die Wahlwerbung durch die bundesdeutschen Parteien. Ihre einseitige Parteinahme werteten die frei- en *Wahlen* erheblich ab, zumal die zahlreichen Parteien, die sich in der DDR gebildet hatten, kaum ein eigenes Profil zeigten.

Von den Angehörigen des Militärbezirkes wurde die Regierungserklärung in punkto Sicherheits- und Militärpolitik mit besonderer Aufmerksamkeit erwartet. Eindeutig hatten der Offiziersbestand und die Mehrzahl der Unteroffiziere ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, der künftigen Regierung loyal zu dienen und die Berechenbarkeit der Truppe zu garantieren, wenn sich der Staat seine Dienstpflichtigen erfüllt. Letzteres wurde deshalb gefordert, weil die soziale Komponente der Militärreform inakzeptable Maßnahmen vorgesehen und bisher keine Rechtswirksamkeit erhalten hatte. Ein großer Teil war ohnehin bereit, eine beabsichtigte Konversion mit zu gestalten und eine zivil-berufliche Tätigkeit aufzunehmen, forderte aber faire Chancen für ihre Wiedereingliederung im zivilen Bereich.

Aus all dem ist erkennbar, dass die Angehörigen des Militärbezirkes in dieser gesellschaftlich komplizierten und offenen Entwicklung verantwortungsbewusst und erfolgreich ihre Pflichten erfüllten, ohne ihre Existenzsorgen zum alles beherrschenden Thema zu machen. Eine wesentliche Bestätigung dafür war das persönliche Engagement in der militärischen Tätigkeit, was sich weiterhin im organisierten Dienst und der Sicherung der militärischen Einrichtungen widerspiegelte. Obwohl sie damit ihre Loyalität und ihr Vertrauen in das Primat der Politik bewiesen, wurde dieses verantwortungsbewusste Verhalten der NVA-Soldaten nicht gewürdigt.

Nach der Tagung der Volkskammer am 02. April kamen weitere Diskussionsinhalte hinzu. Das wahltaktische Agieren der SPD stieß auf großes Unverständnis⁴, weil sie sich den Allianzparteien unterordnete. Die Informationen über die beabsichtigte Besetzung einiger Regierungsfunktionen lösten die allgemeine Befürchtung aus, dass inkompetente Leute⁵ an die Macht kommen, die militärisch und intellektuell den Anforderungen nicht gewachsen sind. Suspekt war den NVA-Soldaten, dass ein ehemaliger Wehrdienstverweigerer, Rainer Eppelmann, Verteidigungsminister werden sollte.

Dessen ungeachtet setzten wir unsere Arbeit zur Erhaltung der Akzeptanz der NVA in der Öffentlichkeit fort. Durch gemeinsame Veranstaltungen mit den Vertretern demokratischer Parteien und Bewegungen sowie den Vertretern der Kirche erreichten wir weitgehende Übereinstimmungen, die sich zunächst positiv auf das allgemeine Stimmungs- und Meinungsbild auswirkten sowie die allgemeine Lage beruhigten.

So fand am 07. April im Haus der Kirche in Greifswald eine Gesprächsrunde unter Leitung von Pastor Christoph Ehricht von der Evangelischen Akademie statt. An diesem Gespräch waren Offiziere aller Teilstreitkräfte, der Wehrkommandos und Lehreinrichtungen der NVA aus den Bezirken Rostock und Neubrandenburg beteiligt. Anwesend waren auch zwei Bundeswehroffiziere (als Privatpersonen), ein Pfarrer aus Dänemark, ein Militärpfarrer aus Schleswig-Holstein sowie eine Vertreterin der Friedensbewegung und des *Neuen Forums*. Das Thema hieß: „Die Zukunft militärischer Berufe im deutschen Einigungsprozess und im gemeinsamen Haus Europa - Perspektiven, Konzeptionen und Optionen“. Dabei brachten die Vertreter der Kirche übereinstimmend zum Ausdruck, dass die NVA zur Erneuerung fähig ist und ein Faktor der Stabilität des Staates und der Gesellschaft ist.

Sie hoben die schnelle Trennung von Armee und Partei hervor und sprachen sich dafür aus, dass die Ehre und Würde der NVA-Soldaten bewahrt bleiben muss. Sie waren an der Weiterführung des Dialogs mit der NVA interessiert. Die beiden Bundeswehroffiziere äußerten, dass Streitkräfte zur Verhinderung von Gewaltanwendung und Machtmissbrauch weiterhin notwendig bleiben. Deutlich hoben sie bereits schon zu diesem Zeitpunkt hervor, dass eine Vereinigung von Bundeswehr und NVA illusorisch ist. Die Vertreterin des *Neuen Forums* vertrat eine extrem diskriminierende Haltung zur NVA und äußerte dazu die Meinung, wonach die NVA-Offiziere ihre Schuld in der Produktion abtragen müssten. Diese Meinung wurde ignoriert und von den Anwesenden nicht weiter diskutiert.

An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass wir nur in Ausnahmefällen mit den örtlichen Vertretern des *Neuen Forums* oder des *Demokratischen Aufbruchs* ins Gespräch kamen. Sie waren von ihrer politischen Einstellung, ihrem intoleranten Auftreten und persönlichen Qualitäten zu sachlichen Dialogen nicht bereit. Die Gespräche erhielten meist den Charakter von Anhörungen vor Untersuchungskommissionen oder Rechtfertigungen vor Gericht. Es gelang selten, die verschiedenen Standpunkte sachlich zu diskutieren.

Auf Einladung des Chefs des WBK Schwerin fand am 09. April ein offensiver, vertrauensvoller Informationsaustausch zwischen Angehörigen des Wehrbezirkes und der 8. MSD mit Vertretern der Bezirksvorstände der SPD, PDS, DBD, der Liberalen und der evangelischen Kirche statt. Durch den Vertreter der CDU und der katholischen Kirche erfolgte kurzfristig eine Absage. Die Gesprächsrunde diskutierte über die Militärreform, soziale Fragen und die demokratische Mitbestimmung der Armeeingehörigen. Im Gespräch wurden ebenfalls die Sicherheitsrisiken deutlich gemacht, wenn der Forderung einiger inkompetenter Bürgerrechtler nach sofortiger Auflösung der NVA entsprochen würde. In diesem Zusammenhang konnten die Vorleistungen des Militärbezirkes anhand der Auflösung der 5. Raketenbrigade, der Panzerregimenter 1, 8, 23 und der Raketenabteilungen 1, 8, 9, 19 und 20 überzeugend nachgewiesen werden. Die zivilen Gesprächspartner schätzten die Offenheit, den Informationsgehalt der armeespezifischen Probleme und äußerten den Wunsch und die Bereitschaft zu weiteren Dialogen und derartigen Informationstreffen.

Der große Bluff des neuen Ministers

Am 2. Mai fand unter Teilnahme der Kommandeure aller Truppenteile, die Kommandeurstagung der NVA in Strausberg statt. Der neue Minister, Herr Eppelmann, hielt zu den grundsätzlichen politischen Problemen einen Vortrag.⁶

Nach einleitenden Bemerkungen und einer sicherheitspolitischen Lagebeurteilung hob der Minister hervor: „Es wird auch nach der Vereinigung auf dem DDR-Territorium eine zweite deutsche Armee geben, die - in kein Militärbündnis integriert - hier eigene, territoriale Sicherungsfunktion ausüben wird und dementsprechend strukturiert, ausgerüstet und ausgebildet werden muss“.⁷

Probleme, wie Dienstmotivation, Wehrpflicht, Feindbild, Militärreform, Beziehungen zu den Armeen des Warschauer Vertrages und Fahnenfluchten wurden in sachlicher Art vorgetragen und mit der Aufforderung zur konstruktiven Mitarbeit verbunden. Der Chef der NVA, Admiral Hoffmann, erläuterte die neuen Hauptaufgaben und die Gliederung der neu zu schaffenden Ausbildungs- und Basisarmee.⁸

Nach dieser Kommandeurstagung war der größte Teil der Kommandeure der Meinung, dass damit alle NVA-Soldaten eine klare Orientierung und eine motivbildende Perspektive erhalten haben. Auftragsgemäß haben sie diese Kommandeurstagung bis in die unterste Führungsebene ausgewertet. Die große Masse der Berufs- und Zeitsoldaten hatte danach die Hoffnung, dass jetzt wieder stabile Verhältnisse und überschaubare Lebensperspektiven beginnen. Die Armeeingehörigen bewerteten die Grundsatzrede des demokratisch gewählten Ministers als Gewissheit für die Zukunft der Armee und seiner Soldaten.

Die letzte Einberufung

Anfang Mai erfolgte die Einberufung der Soldaten für alle Teilstreitkräfte. Mit ihnen wurde die erste Soldatengeneration eingezogen, die nach den gesellschaftlichen Veränderungen und der Wahl eines neuen Parlaments, den Dienst für die Allgemeinheit übernahmen. Von den einzuberufenden Rekruten hatten sich 10% für den Zivildienst entschieden. Durch die großzügige Zivildienstregelung und die folgenlose Möglichkeit der Wehrdienstverweigerung, entsprach die Einberufung dem Charakter eines freiwilligen Dienstes. Wenn sie der Einberufung dennoch folgten, obwohl es die anderen Möglichkeiten gab, so lag es an ihrem staatsbürgerlichen Pflichtbewusstsein und der Einstellung zur NVA.

Die neuen Aufgaben der NVA

In einem Pressegespräch informierte ich am 08. Mai über die weiteren Aufgaben der NVA. Leitfaden der Informationen waren die Aussagen des Ministers und des Chefs der NVA. Autorisiert habe ich zum Ausdruck gebracht, dass die NVA zu einer Ausbildungs- und Basisarmee mit geringer Präsenzstärke, für Krisen- und Verteidigungsaufgaben neu strukturiert, ausgerüstet und ausgebildet wird. Den Pressevertretern wurde verbindlich mitgeteilt, dass die Armeeingehörigen und Zivilbeschäftigten über die neuen Konzepte informiert sind und diese akzeptieren. In der Aussprache wurden alle gestellten Fragen zur Zufriedenheit der Anwesenden beantwortet. Abschließend wurde der Zustand kritisiert, dass im April und Mai ausschließlich Westmedien aus den Führungsorganen und Truppen des Militärbezirkes berichten durften. Die Pressevertreter sprachen die Bitte aus, ihnen die Möglichkeit zu geben, auch in unseren Presseorganen zur Transparenz der militärischen Tätigkeit zu schreiben. Dem wurde entsprochen. Danach wurde in einem Artikel der Zeitung *Freie Erde* unter der Überschrift: „Eine Armee - vom Volk akzeptiert und geachtet“, von ihnen sachlich und ausführlich berichtet.

Ausgehend von der Koalitionsvereinbarung der Regierungsparteien und der Regierungserklärung vom 19. April informierten Offiziere des Militärbezirkes in allen Standorten die Vertreter der gesellschaftlichen Kräfte und Vertreter der Presse über den Auftrag der NVA und trugen zur allgemeinen Aufklärung der Bevölkerung bei. Im Ergebnis dieser Informationsgespräche sprachen sich z.B. im Wehrkreis Zerbst die Kirchenvertreter für die Beibehaltung der Wehrpflicht und den Verbleib im Warschauer Vertrag aus.

Die oben geschilderten Aktivitäten trugen wesentlich zur Bewahrung des einvernehmlichen Verhältnisses mit der Bevölkerung in den NVA-Standorten des Militärbezirkes bei und bewahrten in dieser Phase die gesellschaftliche Akzeptanz der NVA.

Verunsicherung und Zweifel nehmen zu

Das allgemeine Stimmungsbild in der nachfolgenden Zeit bestimmten die Diskussionen zum Staatsvertrag und zum bevorstehenden Einigungsprozess. Sowohl Zustimmung, als auch Ablehnung, stets in Abhängigkeit von den Veröffentlichungen der Medien, wechselten ständig. Die Meinungen waren breit gefächert und wurden oft sehr kontrovers und emotional zum Ausdruck gebracht.

Das Vertrauen in die Politik der Regierung und des Ministers für Abrüstung und Verteidigung nahm in wenigen Wochen rapide ab. Nach und nach stellten die Armeeangehörigen und Zivilbeschäftigten fest, dass die *erste frei gewählte Regierung* keine Maßnahmen für ihre materielle Basis und soziale Sicherheit veranlasste und die Grundbedürfnisse der Menschen erkennbar grob vernachlässigte. Ihre Politik wurde gerügt, weil die freiwillig ausgeübte Zurückhaltung, vor allem der Berufs- und Zeitsoldaten, arglistig missbraucht wurden.

Angesichts fehlender Entscheidungen zur rechtlichen Stellung, der beruflichen Perspektive und sozialen Sicherheit der NVA-Angehörigen forderten die Mitglieder des Verbandes der Berufssoldaten⁹ die Einhaltung der Loyalität und Sorgepflicht des Staates ein. In einem Schreiben wandte sich am 15.06.1990 der Vorstand des Verbandes der Berufssoldaten gemeinsam mit den Gewerkschaften der Zivilbeschäftigten, Volkspolizisten und Zöllner an den Ministerpräsidenten und die Präsidentin der Volkskammer der DDR. Darin forderten sie eindringlich, „*die Einhaltung der Sorgepflicht des Staates auch im Zuge der Herstellung der deutschen Einheit*“ durch eine entsprechende Rechtsanpassung zu sichern. Offensichtlich wussten dies deren Berater zu verhindern, denn Regierung und Volksvertretung blieben untätig.

Versuchsballons werden gestartet

Am 2. Juli berichteten mehrere Zeitungen unter Berufung auf die „Welt am Sonntag“ und den „Sunday Telegraph“ über die Beseitigung der NVA und die de facto Liquidierung ihres Offizierskorps. Das löste bei den Angehörigen des Militärbezirkes großes Befremden, Unverständnis und Unmut aus, weil das im völligen Gegensatz zu den amtlichen Verlautbarungen der neuen DDR- Offiziellen und den Wiener Abrüstungsmaßnahmen stand.

Eine Bestätigung erfolgte durch den Staatssekretär für Abrüstung, Herrn Marcinek und den Kanzlerberater, Herrn Teltschik. Herr Marcinek, vormals Offizier im Militärbezirk und Mitglied der SED, ließ zwei Monate nach der Kommandeurstagung öffentlich verlauten, dass nur so eine gründliche Säuberung der Armee von Resten des SED-Regimes erfolgen kann. Herr Teltschik brachte zum Ausdruck, dass NVA-Offiziere in der Bundeswehr nicht ausbilden und erziehen dürfen. Ideologische Positionen, fachliche Qualifikationen und menschliche Eignung spielten überhaupt keine Rolle. Er forderte faktisch die politisch-ideologische Exekution des Offizierskorps der NVA. Werte wie Anstand und Respekt gegenüber den NVA-Soldaten wurden durch die ideologischen Vorurteile aufgegeben.

Es bestand die sehr große Gefahr, dass die Berufssoldaten den Gehorsam aufkündigten und unkontrollierte Handlungen auslösten. Weder das Auftreten des Ministers am nachfolgenden Tag, noch die Fernschreiben mit gegenteiliger Aussage konnten im Militärbezirk die Empörung abbauen. Offensichtlich waren die beiden nur vorgeprellt, denn die angeführten Argumente dienten danach und noch heute zur Rechtfertigung. Sie verharrten in den Mustern, Vorurteilen und ideologischen Zwängen des Kalten Krieges und hielten dort die Öffentlichkeit fest. Irreführung und Manipulationen der Menschen lagen dicht beieinander.

Bezeichnend war das Fernschreiben, das Minister Eppelmann am 07. Juli 1990 an alle Kommandeure, Chefs und Leiter mit folgendem Inhalt sandte:

„In den letzten Tagen von den Medien verbreitete Meldungen über die Perspektive der NVA und in der Volkskammer geführte Diskussionen über Versorgungsfragen für Armeeangehörige veranlassen mich erneut, mich an sie zu wenden.

Ich möchte sie bitten, sich dadurch nicht verunsichern zu lassen. Bisher wurden seitens des Ministeriums für Abrüstung und Verteidigung keinerlei Entscheidungen über die zahlenmäßige und strukturelle Zusammensetzung künftiger Streitkräfte auf dem heutigen Gebiet der DDR getroffen. Meine Position zur Nationalen Volksarmee und zur Zukunft ihrer Soldaten kennen sie. Dazu stehe ich nach wie vor. Ich werde mich als Minister für Abrüstung und Verteidigung auch weiterhin mit aller Entschiedenheit für die Nationale Volksarmee und die Belange ihrer Angehörigen einsetzen. Die Nationale Volksarmee, ganz gleich wie ihre künftige Bezeichnung, Struktur und Stärke sein sollte, hat aus meiner Sicht eine Zukunft auch im vereinten Deutschland. Sie wird auf dem Territorium der jetzigen DDR u. a. Aufgaben zur Aufrechterhaltung der äußeren Sicherheit zu erfüllen haben. Ich bin überzeugt davon, dass wir über genügend fähige Soldaten, Unteroffiziere, Fähnriche, Offiziere und Generale verfügen, um diesen neuen Auftrag zu erfüllen.

Gegenwärtig wird an der Vorbereitung eines zweiten Staatsvertrages gearbeitet. Ich werde meinen ganzen Einfluss geltend machen, um sicherheitspolitische Fragen in diesem Vertrag zu verankern. Dazu gehören Festlegungen zur Perspektive der NVA und zur Gewährleistung der sozialen und Rechtssicherheit der Berufssoldaten. Dies entspricht meinem Verständnis von der Sorgepflicht des Staates gegenüber seinen Soldaten. Ich erwarte von ihnen, dass sie ihrer Verantwortung als Chefs, Leiter und Kommandeure in dieser nicht leichten Periode des Zusammenwachsens der beiden deutschen Staaten weiterhin mit Ruhe und Besonnenheit gerecht werden.

In diesem Sinne wünsche ich uns gemeinsam Erfolg bei der Erfüllung der übertragenen Aufgaben.“ Minister für Abrüstung und Verteidigung¹⁰

Der Verrat Gorbatschows und seine Folgen

In dieser kritischen Lage wurden mit dem *Kaukasus-Gipfel* die regierungs- amtlichen Aussagen des *frei gewählten* Ministerpräsidenten, seines Außenministers und seines Ministers für Abrüstung und Verteidigung über den Erhalt eigener Streitkräfte auf dem Territorium der DDR und die Ablehnung einer Mitgliedschaft in der NATO in Frage gestellt. Damit hatte sich auch die fortschreitende Entmündigung der *frei gewählten* DDR-Regierung bestätigt. Hinzu kam die totale Missachtung des Rechtes auf Selbstbestimmung. Durch die im Kaukasus getroffenen Vereinbarungen zwischen den Herren Kohl und Gorbatschow entfielen alle Grundlagen für eigenständige Entscheidungen und souveränes Mitwirken am Einigungsprozess. Das Volk der DDR war fak- tisch von seinem *engsten Verbündeten* aufgegeben und dem Kanzler der BRD überantwortet worden.

Nach dem *Kaukasus-Handel* waren die Führungsentscheidungen nur von kur- zer Dauer, die Lage veränderte sich oft täglich mehrmals, so dass die Arbeit in den Führungsorganen und Truppen systematisch desorganisiert wurde.

Die Führung im Militärbezirk erschwerte sich dadurch erneut. Die bisherige Arbeit mit den Menschen und das mühsam aufgebaute Vertrauen in die poli- tische und militärische Führung, wurden erneut bis an die Grenzen belastet. Trotz des allgemeinen Erkenntnisstandes, wonach die Vereinigung der beiden deutschen Staaten und damit das Schicksal der NVA fremdbestimmt erfolgt, erfüllten die Vorgesetzten aller Ebenen loyal und diszipliniert die gestellten Aufgaben des *Obersten Dienstherren*. Dadurch entstanden ernsthafte Zweifel an der Glaubwürdigkeit der militärischen Führung, die das Primat der Politik achtete und entgegen der Meinung der Unterstellten, die getroffenen Entscheidungen der politischen Führung respektierte und wider besseren Wis- sens weiterhin durchsetzte.

Deutlich traten diese Widersprüche im Zusammenhang mit der befohlenen Ablegung eines neuen Eides auf die DDR in Erscheinung. Er wurde auf Grund der immer noch unregelmäßigen Rechtsstellung der NVA-Soldaten und dem deutlichen Zerfall der staatlichen Autorität, mehrheitlich von den Berufs- und Zeitsoldaten abgelehnt, weil die Regierung ihrer Verantwortung gegenüber der NVA nicht nachkam und ihre Fürsorgepflicht nicht erfüllte.

Der Sinn und die Rechtmäßigkeit dieser Maßnahme wurden ernsthaft in Frage gestellt, weil der Auftrag der NVA sowie ihr Status weiterhin ungeklärt blieben. Mit dieser Vereidigung gab es keine rechtlichen Grundlagen für ein weiteres Dienstverhältnis. In Einzelfällen gab man diese Maßnahme der Lächerlichkeit preis. Eine sich ständig verändernde Anzahl von Armeeingehörigen, insbesondere der Berufs- und Zeitsoldaten, wollte sich unter diesen Voraussetzungen nicht vereidigen lassen. Die Kommandeure aller Stufen reagierten wiederum mit Sachlichkeit und Vernunft und appellierten an Gehorsam und Disziplin. Sie führten vorwiegend mit den jüngeren Berufskadern individuelle Gespräche mit dem Ziel, keinen Anlass für Provokationen und unkontrollierte Handlungen zu geben. Den älteren war zu diesem Zeitpunkt ohnehin bewusst, dass ihre militärische Tätigkeit zeitlich begrenzt und chancenlos ist. Da es den Soldaten des 1. und 2. Diensthalbjahres im Grundwehrdienst weitestgehend gleichgültig war, bestand die reale Gefahr, dass in der gleichen Einheit zwei unterschiedliche Verpflichtungen existiert hätten. Neue Widersprüche der militärischen Verhältnisse zwischen den Dienstgradgruppen wären die Folge gewesen und hätten die Führbarkeit der Truppe ernsthaft gefährdet.

Die Truppe bäumt sich kurzzeitig auf

Diese Tatsachen führten zur erheblichen Unruhen in der Truppe. Es gab kein Vertrauen in die Fähigkeit und den Willen der Regierung und das Ministerium des Herrn Eppelmann, die vorhandenen Probleme bei den weiteren Verhandlungen mit der BRD einzubringen und durchzusetzen. Erneut bestand die reale Gefahr, dass bei Fortbestehen und Verschärfung dieses Zustandes unkontrollierte Einzel- und Kollektivaktionen mit Einsatz von Kampftechnik erfolgen können. Ernsthafte Drohungen kamen aus den Verbänden und Truppenteilen. Wiederum haben verantwortungsbewusste Kommandeure aller Führungsebenen aktiv zur Abwendung solcher Absichten gearbeitet und maximale Zurückhaltung gefordert. Von Seiten des Ministeriums gab es, auf die dazu übermittelten Informationen, weder klare Antworten und schon gar nicht den Menschen dienende Entscheidungen.

Der Generalangriff wird vorbereitet

Seit diesem Zeitpunkt lief alles, ohne dass die politische und militärische Führung der DDR etwas beeinflussen konnte, nach Bonner Vorgaben. Die legitimierte DDR-Regierung wurde bereits jetzt, vor der staatlichen Vereinigung, des Amtes enthoben. Es wurden der Sache nach nur noch die Pläne der Hardthöhe durchgesetzt. Was wir danach erlebten war ein Lehrstück der Umsetzung eines tiefsitzenden und unversöhnlichen Feindbildes.

Mit dem von Bonn diktierten Ziel, die schnelle Beseitigung der NVA zu rechtfertigen, übertraf der Ton die sprachliche Militanz des Kalten Krieges.

In *Konzertierter Aktion* schufen die Bonner Stellen, die neue DDR-Regierung, das Ministerium für Abrüstung und Verteidigung und die alles beherrschenden Medien eine Gemengelage ständig wechselnder Informationen zur Desorientierung, die das Stimmungs- und Meinungsbild im Militärbezirk fast stündlich veränderten. Ein beispielloser Akt der Unehrllichkeit und Heuchelei. Es gehört in der BRD zu den vielen Tabus, über die man nicht vernünftig und offen reden darf. Minister Stoltenberg und die Bundeswehrführung haben die NVA-Soldaten bewusst falsch informiert und dazu das Ministerium missbraucht. Von „Es ist noch nichts entschieden!“, „Jeder erhält eine faire Chance!“ bis „Auflösen ohne Rest!“ geisterte es durch die Truppe. Die Armeeeingehöriigen und Zivilbeschäftigten erfuhren mehr aus den Medien und über private Kanäle, als auf dem offiziellen Dienstweg.

Es wurde alles verbreitet, nur die Wahrheit nicht. Das Schlimmste was einem Soldaten passieren kann, ist die Desinformation durch die eigenen Vorgesetzten und – aus Vernunft gegen die eigene Überzeugung handeln zu müssen.

Erwartungshaltungen an Fairness und achtungsvollen Umgang seitens der Bundeswehr wurden sehr schnell aufgegeben und bewirkten eine Ernüchterung. Das erneute Abgleiten ins Ungewisse provozierte heftigen Unmut. Die Lage wurde unübersichtlich und die ultimativen Forderungen veränderten sich von Tag zu Tag, so dass niemand ausschließen konnte, dass daraus schwer beherrschbare Konflikte ausgelöst werden. Die Vorgesetzten wurden verdächtigt und zum Teil beschuldigt, mit *denen da oben* im Eigeninteresse und gegen die Menschen *gemeinsame Sache* zu machen.

Die Überwindung einer kritischen Situation

In dieser Situation erörterten im Kommando des Militärbezirkes einige Chefs und Leiter die Lage und beabsichtigten, mich aufzufordern, die allgemein bekannten Forderungen mit allen Mitteln durchzusetzen oder das Kommando abzugeben. Da die Kommandeure der Verbände und Truppenteile des Militärbezirks für den nächsten Tag in das Führungszentrum befohlen waren, beriet ich mich mit ihnen über die mittlerweile bekannt gewordenen Spannungen und den Zustand der Truppe. Die Situation war besonders kritisch, weil alle nachgeordneten Kommandeure in ihren Standorten auf Entscheidungen zur Abwendung der Gefahr warteten.

Es war kein Problem, kurzfristig Aktionen auszulösen und entsprechende Befehle zu geben. Den Ernst der gefährlichen Lage erfassend, sicherten mir die mit anwesenden Stellvertreter und Kommandeure weiterhin ihre volle Unterstützung zu. Die außerordentlich kritische Situation konnten wir überwinden. Alle Beteiligten übten größte Zurückhaltung, denn Ungehorsam hätte sich in dieser Lage wie eine Seuche ausgebreitet. Die Vernunft behielt abermals die Oberhand.

Letzte Versuche

Nach einem umfassenden Informationsaustausch zur brisanten Lage wurde für den 02.08.1990 eine Beratung des Rates der Kommandeure vorbereitet, auf der die Probleme erörtert werden sollten. Dazu wurde ein Entwurf für eine Erklärung¹¹ verbreitet, der auf die Loyalität der NVA verwies und die Fürsorgepflicht des Staates gegenüber den Soldaten anmahnte. Diesem Entwurf stimmten alle Berufs- und Zeitsoldaten und die Zivilbeschäftigten des Militärbezirkes uneingeschränkt zu. Die zweifellos berechtigten Forderungen erweckten eine hohe Erwartungshaltung an die politischen Verantwortungs-träger und erreichten eine zeitweilige Dämpfung der Spannungen und verständlichen Emotionen.

Wie befürchtet gab es keine Entscheidungen. Da in der weiteren Entwicklung keinerlei diesbezüglichen Aktivitäten erfolgten, wurde den Armeeingehörigen und Zivilbeschäftigten die offenkundige Bedeutungslosigkeit der *frei gewählten Volksvertreter* deutlich bewusst. Da die vom Minister Eppelmann angekündigte vertrauensvolle Zusammenarbeit wiederum ausgeschlagen und die Anwendung anderer Durchsetzungsmöglichkeiten von uns ausgeschlossen wurde, machte sich im Militärbezirk eine zunehmende Resignation breit.

In dieser extrem kritischen Situation besuchte am 17.08.1990 der damalige Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Willy Wimmer, die 9. Panzerdivision. Über seine Begegnung mit etwa 40 Offizieren, deren persönliche Zukunft höchst fragwürdig war, schreibt er: *„Die Beiträge, die in der Diskussion vorgebracht wurden, ließen allerdings von dieser Resignation nichts spüren. Ruhig, sachlich und sehr präzise, ohne Schnörkel, wurden die verschiedenen Aspekte des Verbandslebens dargestellt. Die Offiziere, die hier vortrugen, verstanden ihre Aufgaben sehr wohl. Man war versucht, die Augen zu schließen: Ein Unterschied zu einer Divisionsführung im Westen wäre schwer auszumachen gewesen. Über diese Offiziere war bei uns sehr bereitwillig das vernichtende Urteil einer Parteiarmee gefällt worden. Da die DDR nicht die Welt gewesen war, die man sich hätte aussuchen können, wäre ein zurückhaltendes Urteil angebracht gewesen.“*¹²

Die hier geschilderte Verhaltensweise gilt allgemein, denn „die NVA blieb bis zuletzt eine kontrollierte und berechenbare Streitkraft“.¹³

Die schrittweise Auflösung der NVA wird eingeleitet

In gemeinsamer Lagebeurteilung wurde erkannt, dass die favorisierte Variante einer Territorialarmee, die Militärreform in der NVA, der eingeleitete Prozess der sozial verträglichen Abrüstung und Konversion sowie das angekündigte Zusammenwachsen der Streitkräfte ihre Gültigkeit verloren hatten. Die Aufgabe der Souveränität durch den Minister wurde nun von der Bonner Generalität deutlicher als bis dahin, einseitig in ihrem Interesse genutzt. Das Verhalten der Bonner Generalität, wie „unter ehrenhaften Soldaten seit alters her üblich“¹⁴, entsprach nicht den Soldatentugenden der Ritterlichkeit. Die Beurteilung der NVA und ihrer Geschichte wurde jetzt verstärkt einseitig an politisch geprägte, ideologisch normierte Begriffe und an dem Raster *Parteiarmee* im *Unrechtsstaat* festgemacht. Die Medien leisteten dazu auftragsgemäß ihren Beitrag und bereiteten die Beseitigung der NVA für die Öffentlichkeit vor.

Mit Befehl vom 15. August 1990 waren zunächst alle, „die 1990 das 55. Lebensjahr vollenden bzw. bereits überschritten haben, grundsätzlich aus dem aktiven Wehrdienst zu entlassen“. Dann verlief alles lawinenartig und drohte aus dem Ruder zu laufen. Deshalb schickte am 29.08.1990 der Staatssekretär, Herr Ablaß, an alle Kommandeure ein Fernschreiben. Darin stand u. a.:

„Im Ergebnis der Verhandlungen, die, und das sei ausdrücklich gesagt, noch der Unterzeichnung bedürfen, steht fest, dass die Soldaten der NVA - gemeint sind die Angehörigen aller Dienstgradgruppen - mit dem Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der BRD nach Artikel 23, Soldaten der Bundeswehr werden“.

Abschließend heißt es: *„Seien sie gewiss - auch wenn Pressemeldungen mit- unter anders lauten, dass alles getan wird, um die Soldaten der NVA nicht an den Rand der Gesellschaft zu drängen“.*

Diese Aussage wurde bereits am nächsten Tag korrigiert in:

„Mit dem Wirksam werden des Beitritts der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ruhen die Dienstverhältnisse der Soldaten auf Zeit und der Berufssoldaten der ehemaligen NVA (nachfolgend Soldaten genannt).“

Zur Wahrheit hatte man ein taktisches Verhältnis und Falschaussagen bauten auf kollektive Naivität.

Deshalb meldete sich der Minister. In einem Brief vom 07.09.1990 informierte Herr Eppelmann „*seine Damen und Herren*“, dass sich beide deutsche Staaten „*bereits am 3.10.1990 und damit schneller als von mir und vielen anderen gedacht, vereinigen. Die Nationale Volksarmee wird am gleichen Tage in die Bundeswehr eingegliedert.*“ Mit gleichem Schreiben erwartete der Minister von den Kommandeuren, „*dass sie auch weiterhin in der jetzigen komplizierten Zeit des Zusammenwachsens beider deutscher Staaten ihrer hohen Verantwortung mit Besonnenheit und Ruhe gerecht werden.*“

Und weiterhin verlangte er von ihnen „*alles in ihren Kräften stehende tun, um der ihnen als Angehörige der NVA übertragenen Verantwortung bei der Gewährleistung der Sicherheit der Objekte, Waffen und Munition gerecht zu werden*“, obwohl er bereits deren Rauswurf vorbereitete.

Dieser Brief löste im gesamten Militärbezirk eine Welle der Empörung und erhebliche Unruhe aus. Pausenlos erhielt ich Fernschreiben und Anrufe aus allen Bereichen. Sie wurden auf dem Dienstwege weitergeleitet. Der Verdruss richtete sich nicht gegen die militärischen Vorgesetzten, sondern gegen die politische Führung des Ministeriums. Es wurde zunehmend schwerer, stabilisierend Einfluss auszuüben. Einem Blendwerk folgte das Nächste. Es war nicht mehr erkennbar, was Recht und Pflicht ist.

Auf der Kommandeurstagung am 12. September wurden den Angehörigen der NVA amtlich die letzten Modalitäten zur Übernahme der NVA übermittelt. Die Tagung verlief bereits unter irregulären Voraussetzungen. Autorisiert von Herrn Stoltenberg informierte Brigadegeneral Richter wie die Übernahme der NVA-Soldaten von der Bonner Generalität¹⁵ vorgesehen war. Der Kern seiner Ausführungen bestand darin, dass „*jeder in der vereinigten Armee eine faire Chance erhält*“ und weiter „*der vereinte deutsche Staat die Fürsorgepflicht für die NVA-Soldaten übernimmt*“. Der Ministerialdirigent, Herr Simon, übermittelte die Entscheidungen für die Zivilbeschäftigten.

Den Anwesenden wurde das Papier „*Erläuterungen zu den soldatenrechtlichen Bestimmungen des Einigungsvertrages*“ (21 Seiten) übergeben. Im Pkt. II. stand: „*1. Mit dem Inkrafttreten des Grundgesetzes (Artikel 3 des Vertrages) werden auch seine wehrverfassungsrechtlichen Bestimmungen auf das Gebiet der bisherigen DDR vorbehaltlos übertragen*“. Eine Mogelpackung mehr, denn die Zurückweisung der Rechtsstellung der „DDR-Staatsdiener“ war bereits beschlossene Sache.

Unter Missbrauch unserer Autorität mussten wir auftragsgemäß diese Unwahrheiten den Unterstellten übermitteln. Das brachte uns nicht nur Missbilligung und Bösartigkeiten ein.

Inzwischen erfolgten, im Zusammenhang mit den befohlenen Entlassungen, die Weitergabe der Dienstgeschäfte an noch verbleibende Generale und Offiziere, mit dem Kalkül, vollendete Tatsachen zu schaffen.¹⁶

Befohlen war: *„Zur Erfüllung der Dienstpflichten der ausscheidenden Berufssoldaten können geeignete Berufssoldaten festgelegt werden. Diese verbleiben grundsätzlich in ihrer bisherigen Dienststellung“*. Mit diesem Trick waren die Verbleibenden ruhig gestellt und Widerstand nicht zu erwarten.

Im Prinzip war es keine Übergabe der Dienstgeschäfte, denn die Übernehmenden hatten überhaupt keine Entscheidungsbefugnisse, sondern sicherten nur noch, bis zu ihrer eignen Entlassung, der Bundeswehr die Immobilien, Bewaffnung, Technik und Ausrüstung der NVA (Bilanzsumme: 80 Mrd. DM).

Begleitet und unterstützt durch die politische Führung des Ministeriums begann die Diskriminierung der Berufskader der NVA mit dem Ziel, deren Integrität grundsätzlich in Frage zu stellen. Am 27.09.1990 wurde mitgeteilt:

„Bundesverteidigungsminister Gerhard Stoltenberg (CDU) hat sich endgültig entschieden, keine NVA-Offiziere im Generalsrang in die Bundeswehr zu übernehmen“.¹⁷ Der Staatssekretär, Herr Ablaß, führte die Bonner Weisung am 2. Oktober aus. Herr Eppelmann, hatte sich längst seiner politischen und sozialen Verantwortung entzogen. Er durfte noch auftragsgemäß alle 299. in der NVA verliehenen Traditionsnamen tilgen und einen Tagesbefehl über die „Eingliederung der Nationalen Volksarmee in die Bundeswehr“ erlassen. Übergeben hat er namenlose Formationen und Kasernen ohne Adresse. Im militärischen Sinne entsprach das einer Kapitulationsurkunde, wie sie Verlierer unterschreiben müssen. Danach überließ er die NVA-Soldaten ihrem Schicksal.

Das Finale

Am 2. Oktober 1990 verabschiedete sich die NVA aus ihrer 34-jährigen Geschichte. Zu keiner Zeit hatten ihre Soldaten Befürchtungen, für kriegsähnliche Handlungen gegen die Nachbarstaaten oder für weltweite Militäreinsätze missbraucht zu werden.

Die Ausbildung und Erziehung der NVA-Soldaten erfolgte ausschließlich zur Sicherung des Friedens und Verteidigung der DDR.

Die NVA hatte keinen *inneren Feind*. Ein Einsatz gegen das Volk stand nie im Betrachtungsfeld der Armeeangehörigen, weil sie dazu weder politisch vor- bereitete noch militärisch ausgebildet und ausgerüstet waren. In der Militärgeschichte ist es ein ungewöhnlich seltener Fall, dass sich handlungsfähige Verbände und Truppenteile ohne Widerstand gewaltlos fügten. Sie hatten keinen Krieg geführt und sind auch nicht militärisch geschlagen worden. Die Auflösung der NVA und politische Ausgrenzung ihrer Soldaten erfolgte nicht durch den Souverän, das Volk der DDR, dem sie verpflichtet war, sondern durch die Herrschenden der Bundesrepublik Deutschland, ihre beauftragten Politiker und Militärs und mit aktiver Mithilfe des Herrn Eppelmann und seiner Staatssekretäre. Sie haben für die Folgen ihres Tuns keine Verantwortung übernommen.

„Es war kein Ruhmesblatt deutscher Militärgeschichte, was sich seit dem Untergang der NVA abgespielt hat: *Besatztermentalität nur weniger, offizieller Besucher nach Mauerdurchbruch, würdelose Übernahme der NVA durch die Bundeswehr und schließlich die anmaßende Beurteilung und Behandlung der NVA-Angehörigen durch die Bundeswehr*“.¹⁸

Ich hoffe, dass dieser Beitrag zum besseren Verständnis unseres Handelns sowie zur Beseitigung diverser Vorurteile und falschen Darstellungen beiträgt.

Die Jahre sind dahingegangen, aber meine Gedanken sind noch immer bei den Armeeangehörigen und Zivilbeschäftigten die sich dafür einsetzten, dass von der DDR zu keiner Zeit Gewalt ausging. Es war nicht leicht, den Frieden zu bewahren. Respekt und Danke!

Anmerkung: Der kurze Abriss über die Geschehnisse 1989/90 basiert auf meinen Arbeitsbüchern, Tagebuchnotizen, Berichten und schriftlichen Meldungen, die weitere Einzelheiten von Ereignissen und Fakten dokumentieren.

Annotationen

1 Gemeint sind die Ergebnisse der Verhandlungen des Bundeskanzlers Kohl mit dem Präsidenten der UdSSR Gorbatschow

2 Der Feldwebel diente langjährig und freiwillig als Berufssoldat

3 Dr. Romberg galt zu dieser Zeit als möglicher Verteidigungsminister. Er hatte bereits einige Truppenteile und Einrichtungen des Militärbezirks besucht und kannte die Probleme und Meinungen

- 4 Die Mehrzahl der Angehörigen des Militärbezirks hatte für die SPD votiert
- 5 Den Angehörigen des Militärbezirkes war zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt, dass ihnen bereits mehrere Berater aus den alten Bundesländern zugeordnet waren
- 6 Siehe: MILITÄRWESEN, Sonderheft, Zeitschrift für Militärpolitik und Militärtheorie, Herausgeber: Ministerium für Abrüstung und Verteidigung, Brandenburgisches Verlagshaus, Berlin, 1990
- 7 Ebenda, Seite 7
- 8 Ebenda
- 9 Der Vorsitzende des Verbandes, Oberst Dr. Nickel, war vorher in der Abteilung Kader des Militärbezirkes und erhielt durch seine umfassenden Verbindungen zu Berufssoldaten des Militärbezirkes ständig direkte und aktuelle Informationen aus der Truppe
- 10 Fernschreiben an den Chef des Militärbezirkes Nr. 000374 - im Privatarchiv
- 11 Originalentwurf - im Privatarchiv
- 12 W. Wimmer, Lass uns dir zum Guten dienen, Neusser Zeitungsverlag GmbH, Seite 83
- 13 J. Schönborn, Zwei Armeen und ein Vaterland, Das Ende der Nationalen Volksarmee, Berlin, Seite 30
- 14 Ferdinand Schill
- 15 Bereit am 10. September sprach der angehende Generalinspektor der Bundeswehr, General Naumann, auf der Kommandeurstagung in Sindelfingen über die Perspektiven der Bundeswehr. Über die NVA sprach er nicht
- 16 Gemäß Befehl Nr. 28/90 des Ministers für Abrüstung und Verteidigung
- 17 Siehe: Der 9. November ,Das Jahr..., Seite 273
- 18 Siehe: Soldat im Volk - September 1993, Zur Behandlung der NVA, Prof. Dr. Oswald Hahn, Oberst der Reserve, Seite 122

Zu den Ereignissen im Oktober/November 1989 im Militärbezirk III

-Zeitzeugenbericht-

*von Generalmajor a. D. Klaus Wiegand
Chef des Militärbezirkes III*

Das ereignisreiche letzte Jahr meines Dienstes in der Nationalen Volksarmee begann für mich mit der Auslösung der „Erhöhten Gefechtsbereitschaft“ für den Militärbezirk III am 04.10.1989 und endete am 04.10.1990 mit der Auflösung der Nationalen Volksarmee. Ich möchte aus meiner Sicht die Ereignisse im Oktober/November 1989 darlegen.

Anfang Oktober spitzte sich die Lage im Zusammenhang mit den Flüchtlingen aus der DDR, die sich in der Prager Botschaft der BRD aufhielten, und mit der immer größer werdenden Anzahl der Montagsdemonstranten in Leipzig zu. Nachdem bereits am 01.10.1989 DDR-Bürger mit mehreren Reisezügen von Prag über Dresden ausreisen durften, hatten sich im Verlaufe des 02. und 03.10.1989 wiederum Tausende Bürger der DDR in der Botschaft der BRD in Prag eingefunden. In der Nacht vom 04. zum 05.10.1989 durften diese Bürger wiederum über Dresden ausreisen. Die Festlegung der DDR-Führung, die Züge über Dresden fahren zu lassen, war aus meiner Sicht eine Fehleinschätzung und bestätigte mich in meiner Auffassung, dass die Lage durch die damalige Partei- und Staatsführung der DDR falsch eingeschätzt wurde und die Führung mehr und mehr verloren ging.

Im Verlaufe des 04.10.1989 verschärfte sich die Situation am Dresdener Hauptbahnhof von Stunde zu Stunde. Die eingesetzten Kräfte der Volkspolizei waren nicht mehr im Stande, die Ordnung aufrecht zu erhalten. In dieser Situation erhielt ich am 04.10.1989 gegen 23.00 Uhr über eine gedeckte Nachrichtenverbindung einen Anruf vom Stellvertreter des Ministers und Chef der Landstreitkräfte, Generaloberst Stechbarth, der mir folgende Aufgaben stellte:

1. Für den Militärbezirk III unverzüglich die „Erhöhte Gefechtsbereitschaft“ auszulösen.
2. Auf Bitten von Hans Modrow, 1. Sekretär der Bezirksleitung Dresden der SED, Hundertschaften der Nationalen Volksarmee aus dem Bestand der Garnison Dresden zur Unterstützung der Volkspolizei bei der Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung am Dresdener Hauptbahnhof zu bilden.
3. Sofort telefonische Verbindung mit Hans Modrow aufzunehmen.

Nach Erhalt dieser Aufgaben führte ich ein Telefongespräch mit Hans Modrow. Nachdem er kurz die Lage in Dresden geschildert hatte, forderte er drei Hundertschaften zur Unterstützung der Volkspolizei an.

Nach diesem Gespräch stellte ich dem Kommandeur der 7. Panzerdivision die Aufgabe, drei Hundertschaften aus dem Bestand der Truppen der Dresdener Garnison zu bilden. Ich teilte ihm mit, dass die Koordinierung und der Einsatz der Hundertschaften durch Generalleutnant Gehmert, Chef der Militärakademie „Friedrich Engels“ erfolgt, der vom Minister für Nationale Verteidigung damit beauftragt wurde.

Bevor ich auf die weiteren Abläufe in der Nacht vom 04. zum 05.10.1989 eingehe, erlaube ich mir einige Bemerkungen zu Hans Modrow.

In seinem Buch „Ich wollte ein anderes Deutschland“ schreibt er auf Seite 258 zu seiner Verantwortung für den Polizeieinsatz am 04. und 05.10.1989:

„...Ich habe in keiner Weise in Befehlsstrukturen dieser Art eingegriffen, auch war ich nicht einbezogen. Das sind Dinge, die immer in den jeweiligen Bereichen und Strukturen entschieden wurden, ob es die Polizei oder andere Kräfte waren, die zum Einsatz kamen.“

Immer wieder muss man zur Kenntnis nehmen, dass einige ehemalige Führungskräfte nicht zu ihrer Verantwortung in den Herbsttagen 1989 stehen. Ich gehe davon aus, dass die Bildung und der Einsatz von Hundertschaften in Dresden auf der Grundlage der Anforderung von Hans Modrow erfolgten. **Im Übrigen sei erwähnt, dass ich keinen leitenden Kader der NVA kenne, der nicht zu seiner Verantwortung für das Handeln der Armee steht.**

Für einen solchen Einsatz wie in Dresden waren die Einheiten der Nationalen Volksarmee nicht vorbereitet. In allen Programmen der Gefechtsausbildung, die ich in meiner 31jährigen Dienstzeit in den Händen hatte, war kein einziges Thema, keine einzige Stunde Ausbildung enthalten, die einen solchen Einsatz zum Inhalt hatte. Die Aufgaben der Nationalen Volksarmee waren in der Verfassung der DDR in den Artikeln 7 und 23 eindeutig und klar festgelegt.

Zurück zu den Abläufen in der Nacht vom 04. zum 05.10. 1989.

Am 04.10.1989 traf ich gegen 23.30 Uhr im operativen Führungszentrum des Militärbezirkes ein. Mit Verwunderung musste ich zur Kenntnis nehmen, dass durch den operativen Diensthabenden der Landstreitkräfte mittels System „P 161“ die „Erhöhte Gefechtsbereitschaft“ ohne Einschränkungen ausgelöst worden war. Mittels dieses Systems konnten im Zeitraum von 3 bis 5 Minuten alle Verbände, Truppenteile und Einheiten des Militärbezirkes alarmiert werden. Nach ca. 3 Stunden, am 05.10.1989 ab 03.00 Uhr, befand sich der Militärbezirk III in der „Erhöhten Gefechtsbereitschaft“. Um 03.00 Uhr gab ich den Befehl zur Rückführung aller Kräfte, die im Rahmen der Alarmierung die Objekte verlassen hatten. Diese Aufgabe war um 05.00 Uhr am 05.10.1989 abgeschlossen.

Am 05.10. 1989 gegen 00.15 Uhr meldete mir der Kommandeur der 7. Panzerdivision die Bereitschaft der drei Hundertschaften in Dresden. Dieser Einsatz erfolgte noch unter Mitnahme der persönlichen Waffe. Bereits im Verlaufe des 05.10.1989 wurde befohlen, dass zukünftige Einsätze von Hundertschaften der NVA ohne Waffen zu erfolgen haben. Von den 27 Hundertschaften, die im Herbst 1989 im Militärbezirk III aufgestellt wurden, waren nur drei mit Schlagstöcken der Volkspolizei ausgestattet.

In vielen Veröffentlichungen, Publikationen etc. wird immer wieder behauptet, dass die Soldaten der Nationalen Volksarmee mit Kampftechnik in den Straßen von Leipzig bereit gestanden hätten. Ich unterstreiche mit aller Deutlichkeit, dass zu keinem Zeitpunkt im Herbst 1989 Soldaten bzw. Technik des Militärbezirkes außerhalb ihrer Objekte bereitstanden.

Nach dem 03.10.1990 wurden Hunderte von Offizieren und Soldaten der NVA durch den Militärischen Abschirmdienst der Bundeswehr vernommen, sagen wir besser verhört. Die Bundeswehr kannte also bis ins Detail die Abläufe und Handlungen der NVA in den Herbsttagen des Jahres 1989. Sie hat bewusst nicht zur Wahrheitsfindung beigetragen. Ich kann mir persönlich auch nicht vorstellen, dass der ehemalige Bundespräsident, Horst Köhler, über die Ereignisse im Herbst 1989 nicht wahrheitsgemäß informiert war. Für mich hat dieser Mann in seiner Rede zum Festakt

20 Jahre friedliche Revolution

in Leipzig bewusst gelogen, als er u. a. behauptete, dass die Panzer der NVA vor der Stadt bereit gestanden hätten. Die Aussagen eines ehemaligen Bundespräsidenten machen deutlich, wie immer wieder versucht wird, die DDR und ihre Nationale Volksarmee zu verunglimpfen.

Einer Bitte von Generalmajor Richter der Bundeswehr folgend, stimmte ich im Juni 2004 einem Treffen mit Pfarrer Führer zu, einem der Hauptorganisatoren der Leipziger Montagsdemonstrationen. Auch er war zu diesem Zeitpunkt, 16 Jahre nach jenen Ereignissen, noch immer davon überzeugt, dass Soldaten und Technik in den Straßen von Leipzig bereitgestanden hätten. Nach über sechs Stunden Gespräch hatten wir Übereinstimmung über die wirklichen Abläufe jener Ereignisse in den Herbsttagen 1989 erzielt.

In seinem Buch „Und wir sind dabei gewesen“ schreibt Pfarrer Führer über die Vereinigung der beiden deutschen Staaten wie folgt: *„Eigentlich hätten sich der Osten und der Westen als gleichberechtigte Partner annähern und so die Einheit bilden können. Stattdessen erfolgte einfach der Anschluss getreu dem Motto 'Wir renovieren die DDR von Grund auf und ziehen die 17 Millionen DDR-Bürger einfach mit durch'. Ein verhängnisvoller Irrtum.“*

Die Montagsdemonstrationen in Leipzig vom September bis November 1989

Einige Bemerkungen zu den Montagsdemonstrationen in Leipzig im September/Oktober 1989.

Die Teilnehmerzahl stieg von Woche zu Woche. Demonstrierten am 25.09.1989 ca. 8.000 Personen, waren es am 16.10.1989 bereits über 100.000 Menschen. Am 16.10.1989 hielt ich mich im Gebäude der Bezirksverwaltung Leipzig des Ministeriums für Staatssicherheit (*Runde Ecke*) auf. Von hier aus verfolgte ich die Montagsdemonstration. Meine Eindrücke waren folgende:

1. Der Einsatz von Gewalt gegen über 100 000 friedlich demonstrierende Menschen ist nicht möglich. Alle Verantwortlichen, einschließlich der Führung des Militärbezirkes, lehnen Gewalt ab.
2. Die Demonstrationen in Leipzig waren gut organisiert. Um Ausschreitungen zu verhindern, war laut meinen Beobachtungen eine große Anzahl von Ordnungskräften im Einsatz. Versuche von Demonstranten, aus dem Zug auszubrechen (im Bereich der *Runden Ecke*), wurden sofort unterbunden.
3. Die Stimmung war an der Spitze des Demonstrationzuges besonnen, in der Mitte stark aufgeheizt.
4. Ca. 15 Minuten nach der Demonstration pulsierte das Leben in der Stadt so, als hätte es keine Demonstration gegeben.

Ein persönliches Fazit zu den Ereignissen im Herbst 1989

Mein persönliches Fazit zu den Ereignissen im Herbst 1989 und in den Folgemonaten ist folgendes:

1. Die Ereignisse im Herbst 1989 erschütterten die DDR in ihren Grundfesten und beschleunigten ihren rasanten Verfall / Niedergang. Geht die Führung verloren, ist bekanntlich das Ende vorprogrammiert.
2. Die Nationale Volksarmee hat im Herbst 1989 den Willen unseres Volkes akzeptiert und keine militärische Gewalt angewandt und im Jahre 1990 loyal und verantwortungsbewusst die gesellschaftlichen Veränderungen mitgetragen.
3. Unsere Armee hat im Herbst 1989 und im Frühjahr 1990 mit dazu bei- getragen, die Wirtschaft und das öffentliche Leben der DDR in Gang zu halten. Bekanntlich fehlte, auf Grund der Flüchtlingswelle in Richtung Westen, Fachpersonal an allen Ecken und Enden. Es verging praktisch kein Tag, an dem nicht Kräfte und Mittel der NVA im Einsatz waren. Vom Lokführer, Straßenbahnfahrer, Koch, Krankenpfleger über den Transport von Lebensmitteln, die Bereitstellung von Kraftstoffen, die Sicherstellung des Mittagessens für Altenheime, Schulen und Kindergärten bis hin zur Öffnung der Lazarette der NVA für die Öffentlichkeit tat die Armee alles, um der Bevölkerung der DDR zu helfen.
4. Auch oder besonders in dieser komplizierten Situation bewährte sich ein- mal mehr das Prinzip der Einzelleitung in der NVA. Verantwortungsvoll erfüllten die Kommandeure aller Stufen ihre Aufgaben zur Führung ihrer Einheiten, Truppenteile und Verbände. Hervorzuheben ist die Arbeit der Zugführer, Kompaniechefs, Bataillonskommandeure, die vor Ort alle Probleme mit ihren Unterstellten in dieser komplizierten Situation meistern mussten.
5. In der Führungstätigkeit konzentrierten wir uns auf die Aufrechterhaltung einer ununterbrochenen Führung der Truppen sowie auf die Gewährleistung der Sicherheit der Objekte, besonders der Waffen, der Munition und der Technik.

Die Ära Eppelmann

Noch einige wenige Bemerkungen zur Ära Eppelmann als Minister für Abrüstung und Verteidigung.

Anfang März 1990 stimmte ich auf Bitten von Angehörigen des Kommandos des Militärbezirkes III einer Maßnahme im Kommando zu, auf der Vertreter aller Parteien die Möglichkeit erhielten, ihre Vorstellungen zur Zukunft der DDR und ihrer Nationalen Volksarmee zu äußern. Bereits nach dieser Veranstaltung stellte ich mir die Frage, was wohl aus der DDR und unserer Armee werden soll, wenn solche Kräfte die Wahl zur Volkskammer am 18.03.1990 gewinnen. Mit dem Wahlergebnis von 48 % für die Allianz für Deutschland war das Ende der DDR und der NVA vorprogrammiert – und Herr Eppelmann wurde unser Minister.

Am 02.05.1990 fand die erste Kommandeurstagung unter seiner Leitung statt. Seine Rede ist in vielen Publikationen veröffentlicht worden, deshalb von mir nur zwei Bemerkungen:

Erstens: Am Ende seiner Ausführungen zu seinem Lebenslauf sagte er:

„Seit dem 18.04.1990 bin ich ihr Oberster Befehlshaber.“

Ich habe lange darüber nachgedacht, was er uns damit sagen wollte. Wollte er sagen, dass er zwar vom Militär keine Ahnung hat, aber trotzdem unser „Oberster Befehlshaber“ ist?

Meinte er damit „Ab sofort tanzt alles nach meiner Pfeife“? Oder wollte er uns sagen, dass er nun hier der Größte sei?

Wie auch immer, der Satz war überflüssig. Jeder Militär kennt die Funktion eines Ministers.

Zweitens: In seiner Antrittsrede betonte er damals:

„Es wird auch nach der Vereinigung eine zweite deutsche Armee geben, die in kein Militärbündnis integriert ist, ...es wird auch keine NATO-Truppen auf dem Gebiet der DDR geben.“

Daraus wird doch m. E. folgendes deutlich:

1. Das Ende der DDR war mehr oder weniger Anfang Mai 1990 schon beschlossen.
2. Ich kann mir nicht erklären, wie er zur Schlussfolgerung kam, dass es nach der Vereinigung eine zweite deutsche Armee geben wird. Jeder Militär wusste, das Ende der DDR ist gleichzeitig das Ende der NVA.
3. Die realitätsfremde Einschätzung der Lage durch Herrn Eppelmann war während seiner gesamten Zeit als Minister spürbar.

War ich früher ein-, zweimal im Jahr zu Tagungen im Ministerium für Nationale Verteidigung, wurde ich nun monatlich ins Ministerium befohlen. Diese Maßnahmen dienten meiner Meinung nach nur dazu, die Armeeeingehörigen bei der Stange zu halten. Für mich und die Truppe waren sie überflüssig.

Am 28.09.1990 wurde ich nach 31jähriger Dienstzeit aus der Nationalen Volksarmee entlassen. Die Entlassung führte nicht der Minister, sondern sein Staatssekretär Ablaß durch. Herr Eppelmann fand nicht die Kraft und den Mut, den Leuten in die Augen zu schauen, die er seit Mai 1990 getäuscht hatte.

Es erfüllt mich mit Stolz, in der Nationalen Volksarmee gedient zu haben. Unsere Armee hat keinen einzigen Tag Krieg geführt, sie hat ihren Beitrag zur Erhaltung des Friedens erbracht, und sie wurde ihrem Namen Volksarmee zu allen Zeiten gerecht.

Meine Erinnerungen an die Zeit vor, während und nach der Öffnung der Grenzübergangsstellen an der Staatsgrenze zu Berlin/West und zur BRD am 09. November 1989.

- Zeitzeugenbericht -

*Von Oberst a. D. Werner Behrend
Hauptstab der NVA im Ministerium für Nationale Verteidigung*

Vom 01.01.1984 bis 02.10.1990 war ich als Leiter der Abteilung Grenztruppen im Hauptstab des Ministeriums für Nationale Verteidigung eingesetzt. Die Abteilung war im Dienstbereich des Stellvertreters des Chefs des Hauptstabes für operative Fragen angesiedelt und hatte ministerielle Aufgaben zu erfüllen. Zu diesen Aufgaben gehörten:

- die ständige Mitarbeit in der Grenzkommission DDR-BRD,
- die Zusammenarbeit mit der Abteilung BRD und Berlin/West im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten und der Abteilung Grenzsicherung im Ministerium des Innern,
- die Erarbeitung von Meldungen des Ministers für Nationale Verteidigung an Erich Honecker über Vorkommnisse an der Staatsgrenze zur BRD, Berlin/West und der Seegrenze,
- die Erarbeitung der Monats- und Jahresberichte über die Lage an den Staatsgrenzen, die der Minister für Nationale Verteidigung Erich Honecker vorlegte,
- die Mitarbeit bei der Erarbeitung der Befehle 101, der Dokumente zur Überführung der Grenztruppen in höhere Stufen der Gefechtsbereitschaft und anderer Befehle an den Stellvertreter des Ministers und Chef der GT. Als Grenzer verfolgten wir im Hauptstab die politische Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit.

Zur politischen Lage im Jahr 1989

Was kennzeichnete damals die politische Lage?

Im Verlaufe des Jahres 1989 wurde immer deutlicher, dass Gorbatschows Politik der Perestroika und Glasnost die Selbstauflösung der sozialistischen Staatengemeinschaft eingeleitet hatte.

Von den Bündnisverpflichtungen des Warschauer Paktes rückten die Sowjetunion, Polen und Ungarn zunehmend ab. Sichtbarer Ausdruck dessen war, dass Ungarn am 02.05.1989 mit dem Abbau der Grenzsperren zu Österreich begann und am 11. September alle fluchtwilligen DDR-Bürger, die sich in Ungarn aufhielten, ohne Absprache mit der DDR-Führung, ausreisen ließ. So gelangten bis Ende September ca. 25.000 meist junge DDR-Bürger in die BRD.

Der DDR-Führung entglitt immer mehr das Heft des Handelns, weil sie die Verschärfung der inneren Widersprüche und die wachsenden Gegensätze zwischen Volk und Führung nicht zur Kenntnis nahm und die entstandenen Probleme nicht offenlegte und rechtzeitig löste. Die innen- und außenpolitischen Voraussetzungen, um diese Entwicklung aufzuhalten, waren kaum noch gegeben.

Am 4. September begannen in Leipzig die Montagsdemonstrationen. Die Oppositionsbewegungen erstarkten. Die BRD-Botschaften in Warschau und Prag füllten sich mit DDR-Flüchtlingen. Diese Situation wurde von der BRD-Regierung genutzt, um ihr strategisches Ziel, die Beseitigung der DDR, zu erreichen. In den westlichen Medien wurden schon immer gelungene Grenzdurchbrüche gefeiert und dadurch zu weiteren Fluchten angeregt. Alleine im Monat August 1989 brachten 3 drei Fernsehsender insgesamt 482 Berichte und Nachrichten, um die Fluchtbewegung nach Ungarn anzuheizen. Im Monat Oktober wurden von den Grenztruppen 1.563 Grenzverletzungen und provokatorische Handlungen vom Gebiet der BRD, Westberlins und an der Seegrenze registriert.

In den Grenztruppen war die Lage äußerst angespannt, weil im Zeitraum von Juni bis Ende November 1989 an der Staatsgrenze zur BRD die umfassendste Reorganisation in der Geschichte der Grenztruppen durchgeführt wurde. Um die Wirksamkeit der Grenzsicherung durch die stärkere Anbindung der Grenzeinheiten an das Netz staatlicher Strukturen zu erhöhen, wurden die Grenzkommandos und die Grenzregimenter aufgelöst und dafür sechs Grenzbezirks- und 16 Grenzkreiskommandos sowie zwei Ausbildungszentren neu formiert. Ca. 1.400 Berufskader wurden in andere Dienststellungen versetzt.

Der pass- und visafreie grenzüberschreitende Verkehr zur Volksrepublik Polen und zur CSSR wurde am 04.10.1989 ausgesetzt, und die Grenztruppen erhielten vom Minister für Nationale Verteidigung den Befehl, zur verstärkten Grenzüberwachung überzugehen. Dazu wurden von der Staatsgrenze zur BRD und Berlin/West eine Bootsgruppe, zehn Kompanien und ca. 300 Grenzaufklärer und Postenführer in diese Grenzabschnitte verlegt.

Im Monat Oktober wurden an der Staatsgrenze zur Volksrepublik Polen und zur CSSR 3.240 Personen festgenommen, von denen 3.000 die Absicht hatten, in die BRD zu gelangen.

Das Ausreisebegehren vieler DDR-Bürger wurde immer stärker zur Existenzfrage der DDR. Aus diesem Grunde wurde auf der 10. Tagung des ZK der SED am 09.11.1989, jetzt schon unter der Führung von Egon Krenz, eine Neuregelung der Reisegesetzgebung beschlossen. Wie uns später bekannt wurde, sollte das neue Reisegesetz am 10.11.1989 veröffentlicht und dazu die entsprechenden Weisungen erteilt werden. Auf der berühmt gewordenen Pressekonferenz gab das damalige Politbüromitglied, Günter Schabowski, am 09.11.1989 um 18.55 Uhr, der verblüfften Weltöffentlichkeit bekannt, dass dieses Reisegesetz „sofort! unverzüglich!“ in Kraft tritt.

Auf dem 24. Grenzertreffen am 24.10.2009 legte Egon Krenz in seinem Referat zu diesem Thema dar, ich zitiere:

„Niemand wusste bis dahin (gemeint war das Ende der ZK-Tagung gegen 21.45 Uhr) was Schabowski auf der Pressekonferenz gesagt hatte. Erst um 21.00 Uhr erfuhr ich von Mielke, dass sich viele Menschen in Richtung Grenze bewegen. Nun versuchte ich Verteidigungsminister Heinz Kessler zu erreichen. Doch der war nun auf dem Wege von der ZK-Tagung in Berlin Mitte nach Strausberg, wie auch der Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates, Fritz Streletz, und der Chef der Grenztruppen, Klaus-Dieter Baumgarten. Inzwischen rief Mielke erneut an, und sagte, er brauche dringend eine Entscheidung, wie verfahren werden soll. Ich sagte ihm: wir werden doch wegen einigen Stunden bis zur Wirksamkeit des Reisebeschlusses keine Konfrontation mit der Berliner Bevölkerung riskieren. Mir war klar, dass jene Frauen und Männer, die als Angehörige der Grenztruppen, Mitarbeiter der Passkontrollseinheiten und der Zollverwaltung in diesen Stunden an den Grenzübergangsstellen Dienst taten, vor außergewöhnliche und unvorbereitete Situationen gestellt wurden.“

Mir ist bis heute nicht klar, warum Egon Krenz, Erich Mielke oder nach 22.00 Uhr der Minister für Nationale Verteidigung keine Befehle an die Grenztruppen erteilte. Diese Frage wurde von keinem der Verantwortlichen beantwortet. Die Kommandeure der Grenztruppen wurden alleine gelassen und hatten keine Befehle zur Grenzöffnung erhalten. Alle Anfragen der Kommandanten der Grenzübergangsstellen bei ihren Vorgesetzten ergaben keine Bestätigung, nur unklare Antworten. Niemand wollte die Verantwortung übernehmen.

Die in kürzester Zeit, vor allem an der Staatsgrenze zu Berlin/West, heranströmenden Menschen erzwangen, zuerst an der Grenzübergangsstelle Bornholmer Straße, die Öffnung der Staatsgrenze und überrannten förmlich die dort handelnden Grenzsicherungskräfte. Kurze Zeit später ereigneten sich diese Vorgänge auch an den anderen Grenzübergangsstellen in Berlin und an der Staatsgrenze zur BRD.

Dass in dieser Nacht an den Grenzübergangsstellen kein Schuss gefallen ist, verdanken wir dem umsichtigen und verantwortungsbewussten Handeln unserer Grenzer. Ich persönlich hatte die Pressekonferenz im Fernsehen nicht gesehen. Am 10.11.1989 gegen 04.00 Uhr erhielt ich einen Anruf und wurde zum Chef des Hauptstabes befohlen. Er verlangte eine Karte mit den eingetragenen Grenzübergangsstellen. Nach meinem Eintreffen in seinem Dienstzimmer stellte er mir die Frage, wie viele Bürger an welchen Grenzübergangsstellen die Staatsgrenze überschritten haben. Als er merkte, dass ich keine Frage beantworten konnte, blieb er trotz allem sachlich und befahl, ihn ins ZK-Gebäude zu begleiten. Zu seiner Begleitung befahl er noch den Chef der Verwaltung Territorialverteidigung, Generalmajor Christians, und seinen Stellvertreter. Wir trafen gegen 06.00 Uhr ein. Es erschienen weiter der Chef der Grenztruppen, Generaloberst Baumgarten, der Kommandeur des Grenzkommandos Mitte, Generalmajor Wöllner, Vertreter des Ministeriums des Innern, des Ministeriums für Staatssicherheit u. a. Gegen 07.00 Uhr kam Egon Krenz und begrüßte alle Anwesenden sehr freundlich. Er wirkte sehr gefasst und ruhig. Es versammelte sich dann die gebildete Führungsgruppe des Nationalen Verteidigungsrates in seinem Arbeitszimmer. Generalmajor Christians, sein Stellvertreter und ich hielten uns den ganzen Tag in einem der Nebenzimmer auf und wurden von Generaloberst Streletz zur Erarbeitung von Schreiben und Weisungen an die Bezirkssekretäre und andere örtliche Organe herangezogen.

Der Anfang vom Ende

Als ich am 10.11.1989 gegen 20.00 Uhr nach Strausberg zurückfuhr, waren die Straßen im Ostteil Berlins fast leer. Nach der Öffnung der Grenzübergänge reisten am darauf folgenden Wochenende etwa drei Millionen DDR-Bürger in die BRD und nach Berlin/West. *Wenn wir es damals auch noch nicht begreifen konnten, mit dieser unkontrollierten Grenzöffnung war das Ende des Grenzregimes und damit der DDR besiegelt.*

Unter dem Druck von Teilen der Bevölkerung mussten weitere Grenzübergänge geöffnet werden.

Bis zum 26.11.1989 wurden an der Staatsgrenze zur BRD 42 und nach Berlin/West acht zusätzliche Grenzübergänge geschaffen. Am 01.03.1990 gab es in der DDR insgesamt 213 Grenzübergänge. Für jeden neuen Grenzübergang musste meine Abteilung eine Dokumentation erarbeiten.

Nach der Amtsübernahme von Hans Modrow als Ministerpräsident am 13.11.1989 wurden alle Meldungen über Vorkommnisse an der Staatsgrenze, die Eröffnung neuer Grenzübergangsstellen u. a. Maßnahmen der Grenztruppen vom Minister für Nationale Verteidigung an ihn adressiert. Die Modrow-Regierung wollte die Beziehungen zur BRD zu einer Vertragsgemeinschaft ausbauen. Dementsprechend wurden die Aufgaben der Grenztruppen präzisiert. Die militärische Grenzsicherung war nicht mehr zeitgemäß. Das Grenzregime zur BRD sollte so gestaltet werden, wie es bisher an der Grenze zur Volksrepublik Polen und zur CSSR üblich war.

Bis Ende des Jahres 1989 wurden an der Staatsgrenze zur BRD:

- die Sperrzone beseitigt und damit der Handlungsraum der Grenztruppen auf den 500 m- Schutzstreifen begrenzt,
- mit dem Abbau der Pionieranlagen begonnen und
- der Personalbestand der Grenztruppen reduziert.

Weil auch von den Angehörigen der Grenztruppen vieles Bisherige in Frage gestellt wurde und die Unsicherheit über die Perspektive zunahm, wurde bis Anfang März

1990 u. a.:

- eine Militärreform eingeleitet, die die Bedingungen des harten Dienstes verbessern sollte,
- die Bildung von Gewerkschaften und Interessenvertretungen zugelassen und der Verband der Berufssoldaten gegründet,
- die Politorgane aller Ebenen als leitende Organe der SED aufgelöst,
- die politische und militärische Ausbildung entsprechend den neu- en Verhältnissen auf ein Minimum reduziert.

Am 02.03.1990 beschloss der Ministerrat, aus dem Bestand der Grenztruppen ein einheitliches, zentral geführtes und territorial strukturiertes, Grenzschutzorgan in einer Stärke von 28.000 Mann zu formieren und bis zum 31.12.1990 dem Ministerium des Innern zu unterstellen. Es wurde im Ministerium des Innern eine Arbeitsgruppe gebildet, die das neue Grenzschutzgesetz erarbeiten sollte. In dieser Arbeitsgruppe habe ich mitgearbeitet. Parallel dazu wurden im Kommando der Grenztruppen die Vorbereitungen zur Bildung eines Grenzschutzpräsidiums für den Übergang auf die neue Struktur getroffen.

Die Folgen der März-Wahlen

Nach dem Wahlsieg der „Allianz für Deutschland“ am 18.03.1990 waren die Weichen für den Anschluss der DDR an die BRD gestellt.

Durch das geschickte Taktieren der Politiker wurde der Eindruck erweckt, dass die Grenztruppen auch im vereinten Deutschland eine begrenzte Perspektive haben. Der Minister für Abrüstung und Verteidigung, Rainer Eppelmann, stellte bei einer Beratung mit der Führung der Grenztruppen Ende April 1990 noch die Aufgabe, den Aufbau der Grenzschutzorgane an der Staatsgrenze zur Volksrepublik Polen, der CSSR, an der Küste und auf den Flughäfen der DDR zu forcieren. Diese Absichten wurden jedoch durch die rasante politische Entwicklung vereitelt. Die Arbeiten der Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines neuen Grenzschutzgesetzes wurden beendet.

Nach der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der BRD am 01.07.1990 wurden:

- die Kontrollen an der Staatsgrenze zur BRD eingestellt,
- mit dem vollständigen Abbau der Grenzsicherungsanlagen begonnen
- und die überzähligen Waffen- und Munitionsbestände zur Übergabe an die NVA vorbereitet.

Mit dem Beschluss der Volkskammer am 23.08.1990 über den Beitritt der DDR zur BRD gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes war klar, dass die Grenztruppen nicht mehr gebraucht werden. Bis zu ihrer Auflösung verblieben nur noch ca. 1.000 Stunden. In dieser kurzen Zeit mussten die Entlassung der Berufskader vorbereitet und die gesamten Bestände an Waffen (ca. 54.000 Schützenwaffen), Munition (ca. 3.000 Tonnen), die gesamte Technik und alle materiellen Mittel in Standorte der Grenztruppen zwischengelagert werden.

Seit dem 20.08.1990 war eine Verbindungsgruppe des Bundesministeriums der Verteidigung, unter Leitung eines Generals, im Ministerium für Nationale Verteidigung tätig. Jeden Freitag der Woche musste ich den Stand der Zwischenlagerung und die Auflistung der in den Einheiten noch befindlichen Bestände an Waffen und Munition dem Leiter der Verbindungsgruppe übergeben. Diese Angaben erhielt ich wöchentlich vom Kommando der Grenztruppen. Der General der Bundeswehr war sehr erschrocken, als er den Bestand an Bewaffnung der Grenztruppen zur Kenntnis erhielt. Er drängte ständig darauf, den Abzug von Waffen und Munition in den Grenztruppen zu beschleunigen. Ich hatte den Eindruck, sie hatten die Befürchtung, dass die Grenztruppen die Waffen noch einsetzen könnten. Des Weiteren befürchteten sie, dass Ausrüstungen der Grenztruppen, bis hin zu den Kasernenobjekten, verkauft werden.

Am 21.09.1990 wurde dem Chef der Grenztruppen der Befehl 49/90 des Ministers für Abrüstung und Verteidigung zur Auflösung der Führungsorgane, Verbände, Truppenteile und Einrichtungen der Grenztruppen übergeben.

Mit der Einholung der Flaggen beim letzten Appell am 02.10.1990 im Ministerium für Nationale Verteidigung endete die fast 44-jährige Geschichte der Grenztruppen.

Nur sehr wenige junge Offiziere, Fähnriche und Berufsunteroffiziere wurden vom Bundesgrenzschutz übernommen. Einzelne konnten an einer Umschulung teilnehmen, aber die Mehrzahl wurde, wie viele Tausend andere Bürger der DDR „abgewickelt“ und in die Arbeitslosigkeit entlassen.

Niemand von uns konnte damals ahnen, dass die Grenztruppen einer langjährigen Strafverfolgung und bis heute andauernden Verleumdungskampagne ausgesetzt sein würden.

Das Wunder von Berlin?

- Zeitzeugenbericht -

von Oberst a. D. Frithjof Banisch

Stellvertreter des Chefs des Stabes der Grenztruppen der DDR

Nun sind schon 25 Jahre seit den Tagen im November 1989 vergangen und dennoch überschlagen sich die Medien jeglicher Couleur bei der Darstellung der Ereignisse und von Jahr zu Jahr, so scheint es mir, tauchen im Zusammenhang mit dem „Mauerfall“ mehr Helden auf, die das „Wunder von Berlin“ herbeigeführt haben sollen. Das ist ein Grund für die Schilderung von Abläufen am neunten und zehnten November 1989 wie ich sie persönlich erlebt habe. Da findet man nichts Spektakuläres. Aber vielleicht denkt der Leser dann etwas kritischer und vor allem mit mehr Realitätssinn über die inzwischen sattsam in eine Richtung geschürten Emotionen und historischen Entstellungen nach, die sich als verordnete und veröffentlichte Meinung darstellen.

1. Zu einigen Aspekten der Lage in den Grenztruppen im Herbst 1989

Am 16. Juni 1989 fasste der Nationale Verteidigungsrat den Beschluss über die Reorganisation der Grenztruppen der DDR. Dieser Beschluss erfolgte mit der Zielstellung, „ die Grenzsicherung der militärpolitischen Lage anzupassen und einen Beitrag zur Umsetzung der neuen Militärdoktrin des Warschauer Vertrages zu leisten. Eine Führungsebene sollte eingespart und Kräfte für andere Aufgaben freigesetzt werden. Gleichzeitig sollte dieser Beschluss mit der Auflösung der Stäbe der Grenzbataillone und Regimenter und der Bildung von Grenzkreis- und Grenzbezirkskommandos eine noch engere

Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Organen der DDR an der Staatsgrenze zur BRD gewährleisten.

Als Stellvertreter des Chefs des Stabes der Grenztruppen für Grenzsicherung und Grenzüberwachung hatte ich mit meinem Bereich dafür seit Monaten konzeptionelle Arbeit geleistet. Damals ahnten wir nicht, wie schnell sich die Lage im Land zuspitzen würde. Diese Aufgabe termingerecht abzuschließen brachte zusätzliche Härten und die zeitweilige Schwächung der Truppenführung, da ca.

1.400 Berufskader Veränderungen erfuhren.

Zu meiner Aufgabe gehörte u. a. auch der Zusammenarbeit mit jener Abteilung im Stab der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Wünsdorf, die sich mit den Grenzübergängen der Alliierten, mit Militärmissionen und Fragen des Viermächteabkommens zu Westberlin und anderen Belangen an der Grenze befasste. Durch mein Studium an der Generalstabsakademie der Sowjetarmee in Moskau hatte ich für diese Arbeit und ein freundschaftliches Verhältnis mit den zuständigen Spezialisten in Wünsdorf.

Dem Stab der Westgruppe standen alle Informationen und Unterlagen über die Dislozierung der Grenztruppen und über die Grenzsicherungsanlagen an der Staatsgrenze zur BRD und zu Westberlin zur Verfügung. Da im Verteidigungsstand annähernd 70% der Grenztruppen an der Staatsgrenze zur BRD sowjetischen Kommandeuren unterstellt worden wären, musste der Stab in Wünsdorf über alles informiert sein. Diese gute Zusammenarbeit wurde auch im Herbst 1989 fortgesetzt.

Auf der Ebene des Chefs der Grenztruppen gab es auch eine abgestimmte Zusammenarbeit zwischen dem Kommando der Grenztruppen der DDR und dem Führungsorgan der Grenztruppen der UdSSR.

In Folge der seit vielen Wochen angespannten Lage arbeiteten die Stäbe der Grenztruppen der DDR seit Oktober 1989 im Regime „Erhöhte Führungsbereitschaft“ und ein großer Teil der Einheiten, besonders um Westberlin, diente im Regime „Verstärkte Grenzsicherung“. An der Süd- und Ostgrenze der DDR war „Verstärkte Grenzüberwachung“ befohlen.

Offiziere aller Dienstbereiche des Kommandos der Grenztruppen mit Standort Pätz bei Berlin befanden sich in Bereitschaft oder waren zu Kontrollen und zur Unterstützung bei den unterstellten Truppenteilen und Einheiten eingesetzt. Teile der Offiziershochschule der Grenztruppen und der Unteroffiziersschule bildeten schon seit Oktober die Reserven des Chefs der Grenztruppen. Sie waren für die Unterstützung der Verbände bei einer weiteren Zuspitzung der Lage an der Staatsgrenze vorgesehen. So waren Offizierschüler als Reserve für das Grenzkommando Mitte am Hölzernen See, südöstlich Berlins, untergebracht, um die Grenzsicherung um Westberlin verstärken zu können.

Aktivitäten unterschiedlicher Kräfte, sowohl aus Westberlin und aus der BRD wie auch in der DDR, hatten bereits seit Längerem deutlich zugenommen und gefährdeten wiederholt die Unverletzlichkeit der Staatsgrenze durch:

- Sprengstoffanschläge,
- die Zerstörung von Grenzanlagen,
- die Verletzung des Hoheitsgebietes und Luftraumes der DDR,
- illegale Grenzübertritte und Versuche der Schleusung von Personen und Sachen,
- das Beschießen und Bedrohen von Grenzsoldaten
- und die erhöhte Aktivität westlicher Geheimdienste.

Die Zerrbilder der Medien über aktuelle Ereignisse in der Ukraine oder im Nahen Osten erinnern mich sehr an deren Rolle im Jahre 1989.

Nicht zu vergessen: Eingebunden in die östliche Verteidigungskoalition, den Warschauer Vertrag, erfüllten die Grenztruppen ihre Pflicht, in dem sie in Friedenszeiten durch zuverlässige Grenzsicherung auch die Sicherheit der auf dem Territorium der DDR dislozierten Streitkräfte der Koalition nach außen sicherten.

Der Chef der Grenztruppen hatte anlässlich des 40.Jahrestages der DDR in seiner Anordnung 9/89 vom 27.09.1989 den Einsatz von Schusswaffen im Dienst grundsätzlich untersagt und dazu waren die notwendigen Erklärungen in dienstlichen und außerdienstlichen Maßnahmen in der Truppe gegeben worden. Auch ich war mit Offizieren meines Dienstbereiches mehrfach in den Grenzbezirkskommandos und im Grenzkommando Mitte im Einsatz. Es war den Grenzern zu erklären, dass das von der Volkskammer der DDR beschlossene Grenzgesetz nicht aufgehoben ist, sondern das darin beinhaltete Recht zum Einsatz von Schusswaffen im Grenz- und Wachdienst zeitweilig auf den unmittelbaren Schutz des eigenen Lebens eingeschränkt wird, weil das die angespannte Lage im Land erfordere. Jede Reaktion auf Provokationen mit Anwendung von Schusswaffen durch Grenzer sollte ausgeschlossen werden. Diese Entscheidung war zweifellos politisch begründet, musste aber zwangsläufig westliche Profis des Kalten Krieges, Spekulanten und Abenteurer zu Handlungen gegen die Staatsgrenze der DDR herausfordern, da das Risiko für sie nun gegen Null ging.

Mit dem Befehl Nr. 66/89 des Chefs der Grenztruppen vom 13.10.1989, Ziffer 18 (1) wurde diese Festlegung nun nochmals erhärtet und entsprach den Forderungen, die der neue Vorsitzende des Nationalen Verteidigungsrates der DDR, Egon Krenz, in seinen Befehlen I 10/89 und 11/89 vom 01.11.1989 bzw. 03.11.1989 erhob.

Im Kommando der Grenztruppen waren Stellvertreter des Chefs, ausgewählte Generale und Oberste in Generaldienststellungen als „Diensthabende Stellvertreter“ mit der operativen Führung der Truppe beauftragt, wenn sich der Chef der Grenztruppen nicht im Objekt des Kommandos der Grenztruppen befand. Es entsprach dem Prinzip der Einzelleitung, dass die Verantwortung der Kommandeure generell, und so auch die des Chefs, unteilbar war und somit der „Diensthabende Stellvertreter“ eingeschränkte Führungsbefugnis hatte. Bei Führungsentscheidungen mit absehbaren politischen Folgen hatte er dem Chef der Grenztruppen und dem Führenden im vorgesetzten Stab, also im Hauptstab mit Standort in Strausberg, seine Entschlüsse zu melden und sie bestätigen zu lassen. Erst dann konnte er deren Umsetzung im Auftrag des Chefs befehlen. Diese eiserne Regel galt selbstverständlich auch am Abend des 9. November und in der Nacht zum 10. November 1989.

In der Nacht davor, vom 08. zum 09. November 1989, war mir die Aufgabe des „Diensthabenden Stellvertreters“ befohlen. Ich befand ich mich am Morgen des 9. November 1989 im operativen Führungszentrum des Kommandos der Grenztruppen.

Der Chef der Grenztruppen, Kandidat des Zentralkomitees der SED, fuhr von seinem Wohnort direkt zur ZK-Sitzung nach Berlin. Deshalb meldete ich ihm gegen 06.15 Uhr die aktuelle Lage an der Staatsgrenze der DDR zu den Nachbarstaaten und zu Westberlin, die Lage in der Truppe und Informationen über die Lage im Lande.

Um 07.30 Uhr führte an seiner statt der Stellvertreter des Chefs der Grenztruppen und Chef des Stabes gemeinsam mit den anderen Stellvertretern des Chefs und den Chefs und Leitern der wichtigsten Bereiche des Kommandos der Grenztruppen die tägliche Lagebesprechung durch, zu der ich ihm die gleiche Meldung erstattete wie vorher dem Chef der Grenztruppen. Er übernahm die Führung und anschließend ging jeder von uns seiner Arbeit nach.

Ich hatte erst kürzlich den Befehl erhalten, mit Stabsoffizieren und Juristen eine Mitzeichnung des Chefs zum Entwurf eines neuen Reisegesetzes zu erarbeiten, der vom Innenministerium übergeben worden war. Wir erhofften klare Reiseregeln auch in das westliche Ausland für die Bürger der DDR, aber die bürokratischen Formulierungen und vorgeschlagenen Ausreiseregeln versprachen das Gegenteil. Auch die Finanzierung schien unklar. Entsprechend war auch die Mitzeichnung ausgefallen und mit dem Leiter der Abteilung Grenztruppen im Ministerium für Nationale Verteidigung abgestimmt. Danach hörten wir nichts mehr von diesem Entwurf.

Deshalb erwarteten wir auch keine plötzliche Inkraftsetzung einer „zeitweiligen Übergangsregelung“ mit solchem politisch und ökonomisch brisanten Inhalt. Und das schon gar nicht ohne entsprechende Vorbereitung im Ministerium des Innern, in den Ministerien für Staatssicherheit und der Nationalen Verteidigung, der Zollverwaltung und in den Grenztruppen der DDR sowie an den Grenzübergangsstellen. Obwohl uns der unmittelbare grenzüberschreitende Verkehr nur indirekt betraf, weil dessen Abfertigung die Hauptabteilung VI des MfS und der Zoll im Kontrollterritorium durchführten, trugen wir für die Territorien der Grenzübergangsstellen und deren Sicherheit die ungeteilte Verantwortung. Aus diesem Grund waren die Kommandanten der Grenzübergangsstellen und deren Sicherungskräfte Angehörige der Grenztruppen.

Es wäre üblicher Weise eine politische Vorbereitung erfolgt und wir hätten außerdem Vorbereitungen getroffen, um die Territorien der Grenzübergangsstellen der veränderten Lage entsprechend zu sichern. Außerdem hätten wir vorbereitet, dass der Chef der Grenztruppen seine Partner in der CSSR und in der Volksrepublik Polen in seiner Rolle als Hauptgrenzbevollmächtigter der DDR hätte unterrichten können. So aber war der neunte November 1989 ausgefüllt mit Stabsarbeiten im Zusammenhang mit der neu organisierten Struktur der Grenztruppen und sich daraus ergebenden Folgen personeller und materieller Art. Diese waren erheblich, da die aus meiner Sicht längst notwendig gewordene, aber verzögerte Veränderung nun in einer so ungünstigen und angespannten Lage zum Abschluss gebracht werden musste. Eine derart schnelle Entwicklung im Lande hatten wir, die Verfechter und Vorbereiter der Reorganisation, 1988 nicht vorausgesehen.

Mit den neuen Strukturen ergaben sich zwangsläufig erhebliche Personalveränderungen, besonders bei Berufskadern, die eine zeitweilige Schwächung der Truppenführung und der Kollektivbeziehungen mit sich brachten. Umso höher ist zu schätzen, wie die Truppe die Nacht vom neunten zum zehnten November 1989 und die darauffolgenden Tage an der Grenze meisterte.

2. Zur Öffnung der Grenzübergangsstellen am 9. November 1989

(Schabowski-Zettel)

Gegen 18.00 Uhr meldeten sich meine Abteilungs- und Unterabteilungsleiter ab bis auf jene, die in der „Erhöhten Führungsbereitschaft“ dienten. Wir besprachen Dinge mit Blick auf den bevorstehenden Freitag und erhofften Schritte von Partei und Regierung zur Stabilisierung der DDR im Ergebnis der ZK-Tagung.

Gegen 18.30 Uhr begab ich mich in das Dienstzimmer des Chefs des Stabes. Er hatte die Führung der Grenztruppen aus dem Objekt des Kommandos der Grenztruppen weiter in der Hand, da der Chef ihn aus dem ZK angerufen und informiert hatte, dass er nach der Tagung noch zum Minister für Nationale Verteidigung müsse und das könne dauern. Ich fragte, ob der Chef sonst nichts Neues hätte, was vom Chef des Stabes verneint wurde. Auch die dabei anwesenden Offiziere, der Chef Aufklärung und der Leiter der Abteilung Grenzsicherung, wurden zu einer Tasse Kaffee an den Tisch gebeten. Der General schaltete den Fernseher ein und wir hörten und sahen, was wir zunächst nicht glauben konnten, Schabowskis fahrig verkündung „sofort, unverzüglich!“ auf die gezielte Frage eines Journalisten. Doch wir wussten den Chef der Grenztruppen beim Minister oder auf dem Weg von Berlin nach Strausberg und blieben gelassen, denn der Chef war ja hautnah am politischen Geschehen. Aus unserer Sicht waren erst einmal das Ministerium des Innern mit seinen Einrichtungen des Pass- und Meldewesens gefordert und danach die Passkontrolle und die Zollverwaltung. Wir gingen zum Abendessen, während sich die beiden Oberste in ihre Wohnung abmeldeten. Nach einer Rätselstunde, denn unsere Ansprechpartner in den anderen Ministerien wussten von nichts, begab sich der Chef des Stabes in das Dienstzimmer des Chefs, um von dort über Sonderleitung den Minister anzurufen und den Chef zu sprechen. Es waren auch Anrufe der unterstellten Kommandeure zu erwarten. Den Chef zu erreichen, war ihm lange Zeit nicht möglich. Etwas stimmte hier nicht.

Die ersten Menschenansammlungen an Berliner Grenzübergängen kamen offensichtlich, so die Meldungen von den Grenzübergangsstellen, aus Neugier zustande. Die Westseite war schnell aktiv an der Grenze, aber besonders in den Medien. Die Falschmeldung von der „Grenzöffnung“ wurde an Stelle der „Reiseregulierung“ propagiert. Die Fragen aus der Truppe nahmen zu und wir, die Verantwortlichen im höchsten Führungsorgan der Grenztruppen waren im Dienst, hatten aber keine Antworten und konnten keine Entscheidung treffen. Es war unfassbar. Vergleichbares spielte sich auf der nächsten Führungsebene ab. Aber direkt an der Grenze musste irgendwann entschieden werden.

Ich war in das Führungszentrum gegangen, führte mehrere Gespräche und hatte gegen 20.15 Uhr erstmals Verbindung mit Oberst Ziegenhorn aufgenommen. Der Oberst war Chef Operativ der Hauptabteilung VI des Ministeriums für Staatssicherheit, saß im Objekt Schnellerstraße Berlin, und war zuständig für die Passkontrolle und Fahndung in den Grenzübergangsstellen, also für den unmittelbaren grenzüberschreitenden Verkehr.

Dieser Bereich fertigte jährlich Millionen ein- und ausreisende Personen an den Grenzen zu den Nachbarstaaten und in den Flug- und Seehäfen der DDR ab. Durch die Zusammenarbeit hatten wir ein gutes Verhältnis. Rudi Ziegenhorn bestätigte die langsam entstehenden Menschenansammlungen und wusste auch nur von „Schabowskis Spruch“. Seinen Chef, Generalmajor Fiedler, erreichte er ebenfalls nicht.

So wie wir im Kommando der Grenztruppen, kamen auch die Verantwortlichen in der Schnellerstraße durch Fragen und Drängen aus der Truppe unter Druck. Hier jedoch mit unmittelbaren Konsequenzen, denn bei ihnen, im Kontrollterritorium der Grenzübergangsstellen, begannen die Probleme zuerst.

Was konnte man den an der Grenze stehenden Frauen und Männern antworten? So kluge Hinweise wie „die Leute beruhigen“, „nicht provozieren lassen“ und Ähnliches waren deplatziert. Das wussten die Leute vor Ort auch ohne unseren Rat. Die Lage konnte nur noch auf eine Weise gemeistert werden, ohne dass es zum großen Knall kam. Angriffe auf Leib und Leben der an der Grenze unter Waffen stehenden Grenzsoldaten und anderen Sicherheitskräften mussten verhindert werden.

Der erste Schwerpunkt entstand an der Bornholmer Straße. Oberst Ziegenhorn und kein Anderer entschloss sich gegen 21.00 Uhr in seiner Not zu einer Weisung, „um etwas Luft abzulassen“. Er wollte einige angetrunkene und provokative Bürger ausreisen lassen, um Aggressionen gegen seine Passkontrolleure zu begegnen. Ich nahm die Information zur Kenntnis, hielt sie für vernünftig, und gab sie an den Chef des Stabes weiter. Der war im ständigen Kontakt mit dem Grenzkommando Mitte und genau über die Lage an der Grenze und besonders am Brandenburger Tor informiert und außerdem ein Kenner der Berliner Verhältnisse, denn er hatte viele Jahre dort gedient. Nur den Chef der Grenztruppen hatte er immer noch nicht erreicht und geriet nun immer mehr unter Druck.

Als der Chef der Grenztruppen gegen 20.30 Uhr das ZK-Gebäude in Berlin verließ und nach Strausberg fuhr, war ihm von der missglückten Pressekonferenz von Schabowski nichts bekannt. Erst nach dem Telefongespräch mit General Teichmann erfuhr er von der Öffnung der Grenzübergangsstellen in Berlin.

Zwischen 21.15 Uhr und 22.00 Uhr, die Westmedien propagierten ununterbrochen die „offene Grenze“, waren die Massen an den Grenzübergängen in Berlin, später an der Westgrenze, nicht mehr zu halten. Die Leiter der Paßkontrollseinheiten der Grenzübergangsstellen handelten nun selbständig, denn das Beispiel war gegeben.

Damit war das Ausbrechen von Gewalt erst einmal verhindert. Für mich und viele Andere war damit auch das Schicksal der DDR, über kurz oder lang, besiegelt. Wie mir damals schien, geschah dass alles nicht zufällig.

Gegen 23.40 Uhr traf der Chef der Grenztruppen im Kommando der Grenztruppen ein. Er war zunächst außer sich und konnte nur zur Kenntnis nehmen, was nicht mehr zu ändern war. Er befahl gegen 00.20 Uhr die „Erhöhte Gefechtsbereitschaft“ für das Grenzkommando Mitte. Wer ihm das befohlen hatte, war mir nicht bekannt. Der Logik folgend konnte es nur der Minister gewesen sein. Diese Entscheidung wurde nach zirka einer Stunde zurückgenommen. Wie das wiederum zustande kam, entzog sich ebenfalls meiner Kenntnis.

An den „gefluteten“ Grenzübergangsstellen wurde gezählt, um zur Morgenlage melden zu können, wie viele Bürger sich über die Grenze bewegt hatten. Im Führungszentrum kümmerte sich inzwischen der Abteilungsleiter Grenzsicherung um die Informationsflut.

Die Stimmung unter den Grenzern war gereizt, zum Teil waren sie empört oder zeigten Resignation und jede Führungsebene warf der nächsthöheren noch lange Zeit danach Versagen vor, weil ein solches Versagen ganz oben für viele Grenzer trotz der erlebten Sprachlosigkeit der politischen Führung in den zurückliegenden Monaten unvorstellbar war. Also musste der Vorgesetzte schuld sein. Die Dinge nahmen nun ihren Lauf und trafen uns an der ganzen Grenze direkt.

Besonders am Brandenburger Tor spitzte sich die Lage zu. Der Kommandeur des Grenzkommandos Mitte, seine Stellvertreter und Stabsoffiziere unternahmen alles, um die Lage nicht eskalieren zu lassen und die Truppe vor Ort besonnen zu führen. Zwei Stellvertreter des Kommandeurs führten die Kräfte direkt am Brandenburger Tor und am Pariser Platz. Dort erstürmten hunderte, später 3.000 Menschen, in einer aufgeheizten Atmosphäre, mehrmals die Panzermauer und den Pariser Platz von beiden Seiten der Grenze. Darunter waren nicht nur „freudig erregte Bürger“. Im Weiteren übernahm der Stellvertreter für Grenzsicherung des Grenzkommandos Mitte diese komplizierte Aufgabe. Hier gingen die Emotionen besonders hoch.

Auch von der Westgrenze kamen nun Meldungen über erzwungene, unkontrollierte Grenzübertritte und die Bedrohung von Grenzern, besonders in Abschnitten, in denen beiderseits der Staatsgrenze Ortschaften lagen und keine Grenzübergangsstellen existierten.

3. Zu einigen Abläufen nach der Öffnung der Grenzübergangsstellen

Am Morgen des 10. November hatten wir aus der Informationsflut der Nacht ein Lagebild erarbeitet. Wir stellten mit Erleichterung fest: nirgends war ein Schuss gefallen. Offensichtlich waren wir dem Bürgerkrieg von der Schippe gesprungen!

Gegen 07.30 Uhr fuhr der Chef der Grenztruppen wieder in das ZK. Diesmal, um für die Arbeit in einer operativen Führungsgruppe des Nationalen Verteidigungsrates eingewiesen zu werden, in die er gemäß Befehl 12/89 des Vor- sitzenden des Nationalen Verteidigungsrates an diesem Morgen vom Sekretär des Nationalen Verteidigungsrates und Chef des Hauptstabes befohlen worden war.

Am Vormittag hatten sich plötzlich der Chef des Stabes und der Kommandeur des Grenzkommandos Mitte am gleichen Ort zu melden. So verblieb ich im Stab. Als mich der Chef des Stabes anrief um mitzuteilen, wo er erreichbar ist, war er niedergeschlagen. Er befand sich inzwischen im Stab des Grenzkommandos Mitte beim Kommandeur im Dienstzimmer und sie bereiteten die Eröffnung von sechs zusätzlichen Grenzübergangsstellen in Berlin vor.

Ich war einigermaßen verwundert als ich hörte, das Schalk – Golodkowski und zwei seiner Leute, von wem auch immer, befugt worden waren, einen Vorschlag zur Schaffung zusätzlicher Grenzübergangsstellen zu unterbreiten, die mit dem Westen bereits abgestimmt sein sollten. So wollten bestimmte Leute offensichtlich die Grenzöffnung zu Westberlin anschieben. Damit wurde aus meiner Sicht der beliebigen Nachahmung auch an der Westgrenze Tür und Tor geöffnet. Ich fragte mich wirklich, wer an der Grenze das Sagen hat. Beim späteren Eintreffen des Chefs des Stabes im Kommando der Grenztruppen muss ich mich dazu deutlich geäußert haben, denn er beschwor mich, zurückhaltender zu sein und stellte mir die Aufgabe, mit einer Gruppe von Offizieren des Stabes im Keller des Ministeriums des Innern in der Mauerstraße Berlin zu erscheinen. Wir hatten dort im Bestand einer Arbeitsgruppe der Schutz- und Sicherheitsorgane sowie des Ministerrates, in deren Aufgaben der Chef der Grenztruppen 08.00 Uhr eingewiesen worden war, die Arbeit zur Durchsetzung des Befehls 12/89 des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates fortzuführen.

Wir fanden einen großen Arbeitsraum mit mehreren Monitoren vor. Auf einem waren das Brandenburger Tor, der Pariser Platz und die dortigen Ereignisse zu sehen. Bis heute zolle ich allen Grenzern Respekt angesichts dessen, was sich dort abspielte.

Dem Stellvertreter des Kommandeurs und Stabschef des Grenzkommandos Mitte gelang endlich der Kontakt mit dem Polizeipräsidenten von Westberlin und die Absprache zur beidseitigen Sicherung des Raumes um das Brandenburger Tor mit Unterstützung der Polizei von Berlin (West). Bis zum Morgen des 11. November erstellten wir Zuarbeiten der Grenztruppen zur umfassenden Lagemeldung über die Sicherheitslage in der DDR und an ihren Grenzen sowie die Aktivitäten in der BRD und in den Nachbarstaaten. Es wurden Schlussfolgerungen und Vorschläge formuliert.

Am Vormittag des 11. November war ich wieder in das Kommando der Grenztruppen befohlen, um an der Erarbeitung von Befehlen des Chefs der Grenztruppen zur Eröffnung weiterer Grenzübergangsstellen teilzunehmen und diese mit den Partnern abzustimmen.

Wir funktionierten wieder. Alle Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR verfügten über ein durchdachtes Führungssystem, eine solide Ordnung der Beziehungen zueinander, ein stabiles Zusammenwirken und eine qualifizierte Zusammenarbeit. Dies bewährte sich aus meiner Sicht auch bei den nun zu lösenden Aufgaben.

Das Chaos war nicht hier, in den Grenztruppen, dem Ministerium des Innern, den Paßkontrolleinheiten oder gar der NVA zu suchen, sondern durch die politische Führungsspitze selbst verursacht. Sie hatte nicht geführt und die Initiative verschenkt.

Es ist allerdings der frühzeitigen Befehlsgabe zum Nichteinsatz der Schusswaffe durch die politische und militärische Führung der DDR, den Chef der Grenztruppen, die Kommandeure aller Kommandoebenen und dem besonnenen Verhalten der Passkontrolle, der Polizisten und der Grenzer vor Ort zu verdanken, dass tatsächlich in dieser Situation kein Schuss fiel.

Wenn man diese Tatsache als einen Erfolg betrachtet, und das ist sie angesichts der Ereignisse ohne Zweifel, so hat heute dieser Erfolg plötzlich viele Väter. Sich einzugestehen, dass man trotz dieses Erfolgs (dass der Bürgerkrieg ausfiel) verloren hat, wofür man eintrat, ist ungeheuer schmerzlich.

Normal ist es für mich niemals, wenn manche Bundesbürger am Stammtisch, ehemals Engagierte in der Bürgerbewegung der DDR, Steinewerfer, Randalierer an der Grenze oder die „Hängt-sie-auf-Schreier“ dazu beigetragen haben sollen, dass kein Schuss gefallen ist. Die Stimmungsmacher in den meinungsbildenden Medien der BRD trugen maßgeblich zur Gefahr einer Eskalation bei. Das war verantwortungslos.

Wenn sie für den letztendlichen Verlauf dieser Ereignisse die Bezeichnung „Das Wunder von Berlin“ erfanden und an „Das Wunder von Bern“ anknüpfen wollen, ist das geschmacklos und eine Verhöhnung.

Die Angehörigen der Grenztruppen haben bewiesen, dass sie trotz der schwierigen Verhältnisse im Herbst 1989 ehrenvoll ihre Aufgaben zum Schutz der DDR, auf Grundlage des geleisteten Fahneneides, erfüllt haben.

Das Wunder jener Tage vollbrachten die Männer und Frauen im Dienst an der Grenze und deren militärische Vorgesetzte, die über die Waffen verfügten und sie nicht einsetzten, obwohl sie in gefährliche, auch lebensbedrohliche Zwangslagen gerieten und für viele von ihnen noch dazu eine Welt zusammenbrach.

Weil sie verfassungstreu und nach den Gesetzen, Dienstvorschriften und Anordnungen ihres Staates handelten, weil sie ihren Staat im Kalten Krieg militärisch schützten und damit zur längsten Friedensperiode in Europa beitrugen, wurden sie völkerrechtswidrig vor bundesdeutsche Gerichte gestellt. Viele von ihnen wurden mit Haftstrafen, Geldstrafen und hohen Gerichtskosten belegt. Die ersten Urteile fällte ein Gericht in Berlin.

So kommen hierzulande Wunder zustande.

Johannismühle, im August 2014

Ein Stellvertreter des Kommandeurs des Grenzkommandos MITTE erinnert sich

- Zeitzeugenbericht -

von Oberst a. D. Heinz Geschke Stellvertreter für Grenzsicherung des Kommandeurs Grenzkommando Mitte

Einige Vorbemerkungen anstelle eines Vorwortes

von Oberst a. D. Heinz Schubert

Mit seinen Erinnerungen meldet sich Oberst a. D. Heinz Geschke zu Wort. Als Stellvertreter des Kommandeurs des Grenzkommandos MITTE ist er besser als jeder andere in der Lage, als Zeitzeuge die Ereignisse am 09.11.1989 und in den Tagen danach authentisch zu schildern.

Schonungslos mit sich selbst, kritisch mit seinen Vorgesetzten und der politischen und militärischen Führung der DDR, gibt er ein dramatisches Bild der Abläufe in diesen bewegten Stunden und Tagen.

Es gibt den einen oder anderen, der sich aus welchen Gründen auch immer, in den Jahren nach dem Ende der DDR zum Helden „erklärt“ hat. In den Erinnerungen wird so manches gerade gerückt. Hier erfährt der Leser, dass die wahren Helden des 09.11.1989 jene Angehörigen der Grenztruppen der DDR und der anderen Schutz – und Sicherheitsorgane waren, die an der Staatsgrenze der DDR zu Westberlin und auch anderenorts verantwortungs- bewusst gehandelt, chaotische Zustände beherrschten, keine Eskalation der Lage zu- ließen und sich streng an den Befehl hielten, keine Gewalt und keine Schusswaffe anzuwenden.

Wiederholungen in den Darstellungen und Kommentare bei der Schilderung des Erlebten sind gewollt. Oberst a. D. Heinz Geschke berichtet über zwei verschiedene Aufgaben, die er, zeitlich und räumlich getrennt, auf Befehl des Kommandeurs des Grenzkommandos MITTE, in der Zeit vom 09.11. – 11. 11.1989 zu erfüllen hatte.

Der 9. November, ein historisches Datum

Auch 25 Jahre nach dem verheerenden und folgenreichen Abend am 9. November 1989 bleiben in den Erinnerungen der unmittelbar Beteiligten nicht nur das Verhältnis zur damaligen politischen und militärischen Führung der DDR, sondern auch zur Wahrnehmung der eigenen Verantwortung gegenüber der Truppe und der Erfüllung der Aufgaben zur Sicherung der Staatsgrenze äußerst gemischte Gefühle.

Der Schock und seine Überwindung

Der Abend des 9. November brachte für mich und meine Genossen einen Bruch in das Vertrauen zur politischen und militärischen Führung. Wir waren es gewohnt, in Erwartung komplizierter Situationen oder bei plötzlichen Veränderungen der Lage an der Staatsgrenze, Vorbefehle oder der Lage entsprechende Weisungen zu erhalten und nach vorbereiteten Handlungsabläufen zu reagieren. Dadurch war es möglich, situationsgerecht, auch für längere Zeiträume, kurzfristig Aufgaben für alle Führungsebenen bis hin zu den Grenzposten zu stellen. Auf die Ereignisse am Abend des 9. November waren wir nicht vorbereitet und auf Reaktionen der politischen und militärischen Führung warteten wir stundenlang vergebens. *Aus diesem Grund fühlten wir uns allein gelassen, ja verraten.*

Die Folge war, dass auch beim Kommandeur des Grenzkommandos MITTE Resignation eintrat, die ihre Ursache im Zweifel sowohl an den Vorgesetzten als auch an der Parteiführung hatte.

Erst gegen Mitternacht des 9. November 1989 bzw. in den frühen Morgenstunden des 10.11.1989 gab es einen, der entstandenen Lage entsprechenden Befehl des Kommandeurs des Grenzkommandos MITTE, der seine Resignation überwand, uneingeschränkt Verantwortung für alle weiteren Abläufe in den Handlungen der Angehörigen des Grenzkommandos übernahm und dadurch die Truppenführung stabilisierte. Das Gefühl, das entstand, als mit angesehen werden musste, wie Hunderte, Tausende, ja Zehntausende durch die Besetzung der Grenzmauer und des Innenraumes am Brandenburger Tor, mit Sektflaschen in den Händen, mit ihren Füßen abstimmten und ihre bisherige Einstellung zur DDR sichtbar aufgaben, sich direkt oder indirekt zur BRD bekannten, ist bis heute noch nicht richtig zu beschreiben.

Wer 20 Jahre Grenzer in Berlin war, wie viele Weggefährten mit mir, wer als Grenzsoldat seine Aufgaben treu erfüllt hat, brauchte, mit Tränen in den Augen, Stunden und Tage um zu verstehen und fassen zu können, was geschehen war und was sich weiter ereignete. Es war schwer zu verstehen und anzusehen, dass ein Lebenswerk zu Ende ging. Zorn und das Gefühl der Machtlosigkeit machten sich bemerkbar, letztendlich gewann aber doch der Wille zur Beherrschung der Gefühle die Oberhand. Nach und nach entwickelte sich eine Erkenntnis, die bis heute Bestand hat und alle anderen Eindrücke und Erlebnisse überlagert:

Mehr als nur zufrieden sein müssen alle, die auf die eine oder andere Art an den Geschehnissen beteiligt waren, zufrieden über das verantwortungsbewusste Handeln der Grenzsoldaten, der Verantwortungsträger, der Angehörigen der Passkontrolleinheiten, des Zolls, der Volkspolizei und der Kampfgruppen, aber auch über das mehrheitlich disziplinierte Verhalten hunderttausender DDR- Bürger.

Es fiel kein Schuss, es gab keine Gewaltanwendung und keine Verletzten. Die spontane Ausreise und Rückkehr Hunderttausender verlief friedlich und in geordneten Bahnen.

Trotzdem, oder gerade deshalb, bewegen mich nach wie vor bis heute unbeantwortete Fragen:

- Warum gab es nach der Pressekonferenz mit Schabowski keine Vorbefehle?
- Warum gab es keine eindeutigen Befehle nach Zuspitzung der Lage an den Grenzübergangsstellen, insbesondere aber auch in der Zeit vor und nach Mitternacht?

- Warum erhielten die Grenzregimenter des Grenzkommandos MITTE nicht unverzüglich Hilfe durch das Ministerium für Nationale Verteidigung oder das Kommando der Grenztruppen, auch durch das Auftreten von Verantwortungsträgern?

Persönlich habe ich das vermisst, als ich Führungsverantwortung am Brandenburger Tor in der Zeit vom 10.11.1989 17.00 Uhr bis 11.11.1989 17.00

Uhr trug. Entschlüsse und Entscheidungen hatte ich selbst zu treffen. Mir war klar, dass ich für alle Folgen meiner Entscheidungen Verantwortung zu tragen hatte. Sicherheit bei meinen Entscheidungen gab mir meine jahrzehntelange Erfahrung beim Schutz der Staatsgrenze. Von den übergeordneten Führungsebenen habe ich erwartet, solche Fragen beantwortet zu bekommen wie:

- „Was machst Du jetzt?“

- „Welche Auswirkungen haben die beabsichtigten Handlungen?“

Diese Fragen verdichteten sich vor allen Dingen bei Handlungen, die einen

hohen Kräfteinsatz erforderten und weitreichende Folgen hätten haben können. Nach wechselvoller Entwicklung der Lage standen mir für aktive Handlungen zur Gewährleistung der Sicherheit am Brandenburger Tor am Abend des 10.11.1989 und in der Nacht zum 11.11.1989 acht bis zwölf Reserveeinheiten in einer Gesamtstärke von 800–1200 Mann zur Verfügung – eine große Streitmacht. Diese Kräfte zeigten eine hohe Moral, Disziplin und Verantwortungsbewusstsein. Ihre Bewaffnung befand sich gesichert im Führungspunkt bzw. auf Kraftfahrzeugen. Als besonders wirkungsvoll erwies sich im Folgenden die Unterstellung der Diensthundestaffel des Grenzkommandos, in ihrem Bestand 23 Hundeführer mit Diensthunden.

Wenn ich mich im Weiteren auf die Darstellung der Ereignisse am Brandenburger Tor konzentriere, dann deshalb, weil mir für den obengenannten Zeitraum die Führung der Kräfte an diesem Ort übertragen worden war. Das Brandenburger Tor sowie sein östliches und westliches Vorfeld entwickelten sich nach der Öffnung der Grenzübergangsstellen in und um Berlin zum Anlaufpunkt Tausender, die voller Erwartung auf eine mögliche Öffnung des Brandenburger Tores für den grenzüberschreitenden Verkehr waren. Druck zur Erfüllung dieser Erwartung wurde durch das Besetzen der Mauer und des Vorplatzes ausgeübt. Der Versuch eines gewaltsamen Durchbruchs der angesammelten Menschenmenge konnte nicht ausgeschlossen werden.

Wie wir wissen, erfüllten sich die Erwartungen nicht. Gewaltlos konnte der Innenraum und die Panzermauer in der Nacht zum 11.11.1989 geräumt werden. Drei Sperrketten wurden aufgestellt, eine auf der Mauer, eine weitere im Innenraum und die dritte entlang der hinteren Begrenzung zur Straße Unter den Linden. Die größte Wirkung für den Schutz des Brandenburger Tores ging von der Sperrkette im Innenraum aus. Sie wurde durch die Diensthundestaffel des Grenzkommandos MITTE gebildet. Diese Präsenz bewirkte offensichtlich, dass sich Zehntausende, die sich östlich des Tores aufhielten, über längere Zeit zurückhaltend, fast freundlich, verhielten. Das Erlebnis, einmal am Brandenburger Tor oder nur in seiner Nähe zu stehen, war für viele Ostberliner ein sehnlischer Wunsch, der sich nun erfüllen sollte. Das Brandenburger Tor war nun einmal ein geschichtsträchtiger Ort und zugleich ein Machtsymbol. Selbst die sich vor Ort aufhaltenden Vertreter der West-Medien (BILD, RIAS, SFB) verhielten sich zurückhaltend. Am 11.11.1989 gegen 10.30 Uhr veränderte sich die Lage vehement und erfuhr eine gefährliche Zuspitzung. Provokateuren war es gelungen, von Westberlin aus, zur Grenzmauer links vom Brandenburger Tor vorzudringen, unter Zuhilfenahme von Technik die auf der Grenzmauer befindlichen Rohre zu zerstören und ein Betonelement aus der Grenzmauer herauszuberechen. Es entstand die Gefahr der Ausdehnung zu weiträumigen Provokationen und des Ausbruchs nicht oder nur schwer beherrschbarer Gewalt. Es erfolgte ein sofortiger Einsatz von Pionierkräften zur Wiederherstellung der Sperrfähigkeit der Pionieranlagen. Parallel dazu wurden von den dafür zuständigen Organen politische und diplomatische Aktivitäten bis zum Senat von Westberlin eingeleitet, was dazu beitrug, eine weitere Zuspitzung der Lage zu verhindern. Zielgerichtetheit, Besonnenheit und die hohe Moral bei den Handlungen der eingesetzten Grenztruppen befähigte sie, ruhig und entschlossen auf diese Provokation zu reagieren. Sie sollte nicht die einzige Provokation bleiben.

Unterstützung von der Westberliner Polizei – auch das gab es

Ausgelöst durch die politischen und diplomatischen Aktivitäten, einschließlich der befohlenen Kontaktaufnahme eines Offiziers des Grenzkommandos MITTE zum Einsatzleiter der Westberliner Polizei, erfolgte etwa zum gleichen Zeitpunkt der Einsatz von Kräften der Westberliner Polizei mit Fahrzeugen unmittelbar vor der Panzermauer, eigentlich Territorium der DDR. Diese Einsatzkräfte beräumten das vorgelagerte Gebiet von Schauspielern, Besetzern der Mauer und Provokateuren und drängten sie hinter eine Absperrung auf Höhe der Straße des 17. Juni zurück.

Seit den Mittagsstunden des 11.11.1989 herrschte beiderseits des Brandenburger Tores relative Ruhe. Stabilisierend wirkte auf den weiteren Verlauf auch ein Treffen des Stellvertreters des Kommandeurs und Stabschef des Grenzkommandos MITTE mit dem damaligen Polizeipräsidenten von Westberlin am 11.11.1989 gegen 14.00 Uhr am Check-Point Charlie.

Auch nach 25 Jahren darf, kann und muss jeder unmittelbar Beteiligte stolz sein auf das verantwortungsbewusste Handeln der am Brandenburger Tor eingesetzten Kräfte.

Das ist umso bedeutender, weil der Zeitgeist beherrscht wird von dem Gespenst eines (nicht vorhandenen, unauffindbaren) Schießbefehls und der Darstellung von Diktatur und Unrecht in der DDR. Vergessen sind die Blumen, die Geschenke und die Dankesworte als Anerkennung für das besonnene Handeln der Grenztruppen in den bewegten Stunden des 09. 11. 1989 und den Tagen danach.

In unseren Gedanken und unseren Herzen sind wir – trotz unserer Niederlage – Stolz auf unser Handeln als Teil des Volkes der DDR.

Aufgeschrieben von: Oberst a. D. Heinz Geschke
Redaktionell, mit Zustimmung des Autors, bearbeitet von :
Oberst a. D. Heinz Schubert

Meine persönlichen Erinnerungen

Der 9. November 1989 war für mich unter den gegebenen Bedingungen eigentlich ein Tag wie viele andere während meiner Dienstzeit bei den Grenztruppen der DDR.

Auf Befehl des Kommandeurs des Grenzkommandos MITTE war ich bis 16.00 Uhr im Objekt „Hölzerner See“ und überbrachte den Offiziersschülern der Offiziershochschule der Grenztruppen im Auftrag des Kommandeurs des Grenzkommando MITTE Dank und Anerkennung für ihre ausgezeichneten Leistungen als Reserve des Kommandeurs. Mit dem kommandierenden Offizier der Offiziershochschule habe ich dann den weiteren Einsatz besprochen. Zurückgekehrt zum Stab des Grenzkommandos MITTE saßen wir, mehrere Stellvertreter, zwischen 17.00 Uhr und 18.30 Uhr beim Kommandeur des Grenzkommandos. Das war sonst nicht üblich, aber in dieser angespannten Zeit wurde das zu einem Bedürfnis, um den Zusammenhalt zu festigen. Wir haben gemeinsam ein Abendessen eingenommen und dabei einen Meinungsaustausch über die allgemeine Lage sowie über unsere eigenen Probleme geführt. Nach dem Abendessen verblieben der Kommandeur des Grenzkommandos, sein Stellvertreter und Stabschef sowie sein Stellvertreter für Technik und Bewaffnung im Stab des Grenzkommandos; die anderen Stellvertreter, darunter auch ich, wurden nach Hause entlassen.

Die Pressekonferenz mit Schabowski habe ich zu Hause verfolgt. Als sie beendet war, rief ich den Kommandeur des Grenzkommandos an und fragte ihn: „Hast Du Schabowski gesehen?“ Er sagte: „ Ja.“ Daraufhin stellte ich die Frage: „ Was kommt auf uns zu?“ Seine Antwort darauf: „Ich habe keine Weisungen!“ Meine folgende Frage: „Soll ich kommen?“ wurde durch den Kommandeur wie folgt beantwortet: „Nein, bleib zu Hause. Wenn die uns nicht informieren, mache ich nichts.“

Wie mir bekannt wurde, gab es zwischen 20.00 Uhr und 22.00 Uhr wiederholte Anrufe des Kommandeurs des Grenzkommandos MITTE beim Stellvertreter des Chefs und Chef des Stabes der Grenztruppen sowie beim Stellvertreter Operativ der Passkontrolleinheiten. Von wo aus diese Gespräche geführt wurden, entzieht sich meiner Kenntnis. Der Kommandeur informierte mich über die mehrfachen Telefonate, weil die Lage an der Grenzübergangsstelle Bornholmer Straße in dieser Zeit eskalierte und vom Grenzregiment 35 ununterbrochen Informationen kamen und Anfragen gestellt wurden. Da jedoch der Chef des Stabes der Grenztruppen und dessen Stellvertreter Grenzsicherung keine Weisungen erhielten, blieb alles offen, ungeklärt.

Der Grenzübergang Bornholmer Straße

Gegen 23.00 Uhr erhielt ich einen Anruf Stabschefs des Grenzkommandos MITTE mit dem Befehl: „Komm rein!“ Die Lage an der Grenzübergangsstelle Bornholmer Straße war eskaliert. Sie war bereits überrannt und geöffnet, was den Kommandeur des Grenzkommandos veranlasste, auf eigenen Entschluss den Befehl zu erteilen, im Stab und in allen Truppenteilen des Grenzkommandos die „Volle Arbeitsbereitschaft“ herzustellen. Den Kommandeur des Grenzkommandos traf ich in seinem Dienstzimmer. Er wies seine Stellvertreter persönlich in die Lage und die zu erfüllende Aufgaben ein. Meine Einweisung erfolgte exakt 23.30 Uhr. Auf Befehl des Kommandeurs erfolgte der Einsatz seiner Stellvertreter zur Unterstützung der Truppenteile.

Für mich war befohlen: „Stellvertreter des Kommandeurs Grenzsicherung zum Grenzregiment 36!“ Im Weiteren wurden der Leiter der Unterabteilung Artillerie und der Stellvertreter des Kommandeurs für Ausbildung zur Unterstützung zum Brandenburger Tor befohlen. Der Kommandeur erteilte einen Befehl, den ich fast wörtlich mitgeschrieben habe (aufgezeichnet in einem persönlichen Notizbuch, das bei der IGRA hinterlegt ist). Ich zitiere:

„Heranführung von Reserven und Bereitstellung an den Grenzübergangsstellen mit der Besonderheit Brandenburger Tor. Der Einsatz von Offizieren des Stabes und der Grenzausbildungsregimenter, auch aus deren Einheiten, ist vorzubereiten.“

Meine Stellvertreter und die Kommandeure der Grenzregimenter haben durchzusetzen, dass die Menschen- und Fahrzeugströme in geordnete Bahnen gelenkt, Unfälle verhindert, jegliche Konfrontation mit der Bevölkerung vermieden und taktische Handlungen unterlassen werden. Mögliche Verletzte infolge des Gedränges sind zügig zu bergen und ihr Abtransport in das VP-Krankenhaus sicherzustellen. Die Anwendung der Schusswaffen ist grundsätzlich verboten. Konzentration ist zu legen auf den Schutz des Lebens der eingesetzten Grenzsicherungskräfte und die Sicherung wichtiger Objekte (Bewaffnung, Munition, Kampftechnik). Das Aufstellen und Formieren von Marschkolonnen (SPW, Artillerie oder Kampftechnik) bzw. ein Verlassen der Objekte ist streng verboten. Aktive taktische Handlungen sind nur auf Weisung des Kommandeurs des Grenzkommandos einzuleiten und durchzuführen."

Das Ziel dieses Befehls war, so hatte ich es damals verstanden und verstehe es heute auch noch so, die Führung der Truppe wieder zu gewährleisten, das Vertrauen der Unterstellten zum vorgesetzten Stab wieder zu festigen und die zeitweilig außer Kontrolle geratene Lage zu stabilisieren.

An dieser Stelle erlaube ich mir eine Anmerkung.

Ich halte diesen Befehl, der unter kompliziertesten Lagebedingungen erteilt wurde, nicht nur aus heutiger Sicht für den wichtigsten gut durchdachten Befehl in der militärischen Laufbahn des Kommandeurs des Grenzkommandos MITTE. Resignation und zeitweilige Lethargie überwindend, besann er sich auf seine persönliche Verantwortung für die ihm Unterstellten und die Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung auch an einer nun offenen Grenze der DDR zu Westberlin. Dieser Befehl ist nur in meinem Notizbuch dokumentiert. Warum er nicht im Stab des Grenzkommandos protokolliert oder nachweislich erfasst wurde, entzieht sich meiner Kenntnis und ist mir bis heute nicht verständlich.

Dieser Befehl fand in der Vergangenheit in den Medien, bei Historikern und Autoren vielfältiger Publikationen keine Beachtung. Auch in den Prozessen gegen die Führung des Grenzkommandos MITTE spielte er keine Rolle.

Es gilt also das Motto: „Es kann nicht sein, was nicht sein darf“. Ich bin mir sicher, dass das auch in Zukunft so bleiben wird, sich also auch zum 25. Jahrestag der Öffnung der Grenzübergangsstellen niemand an diesen Befehl erinnern wird.

Weiter mit meinen persönlichen Erinnerungen:

Am 10.11.1989 gegen 00.30 Uhr wurde vom Chef der Grenztruppen der DDR, auf Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung, die „Erhöhte Gefechtsbereitschaft“ für das Grenzkommando MITTE ausgelöst. Anzumerken ist, dass mit dem Befehl des Kommandeurs des Grenzkommandos zur Herstellung der „Vollen Arbeitsbereitschaft“ im Stab und allen Truppenteilen des Grenzkommandos wesentliche Elemente der oben genannten Stufe der Gefechtsbereitschaft bereits eingenommen waren bzw. Präzisierungen zur „Erhöhten Gefechtsbereitschaft“ schon eine Stunde vor ihrer Auslösung wirksam wurden. Das betrifft zum Beispiel die Festlegung, dass keine Marschkolonnen aufzustellen sind, keine Gefechtstechnik zu bewegen ist und die Objekte nicht verlassen werden. Das waren also Festlegungen, die ohne Führungseinfluss durch den Chef der Grenztruppen oder seines Chefs des Stabes getroffen wurden. Ich traf am 10.11.1989 gegen 00.50 Uhr im Grenzregiment 36 in Rummelsburg ein. Das Grenzregiment 36 sicherte mit seinen Kräften einen Grenzabschnitt in der Stadtmitte. In diesem Grenzabschnitt befanden sich die Grenzübergangsstellen Heinrich-Heine-Straße, Friedrich-Zimmer-Straße, Invalidenstraße und Chausseestraße. Die Kräfte zur Sicherung des Brandenburger Tores wurden durch den Kommandeur des Grenzkommandos über einen seiner Stellvertreter und eine Arbeitsgruppe geführt. Im Grenzregiment 36 war die volle Arbeitsbereitschaft hergestellt.

Obwohl der Grenzabschnitt zuverlässig gesichert war und Reserven für einen möglichen Einsatz insbesondere im Abschnitt Brandenburger Tor – Potsdamer Platz bereit standen, war die Lage durch die Öffnung aller Grenzübergangsstellen unklar.

Die Dienstatmosphäre war angespannt. Trotzdem war die Führung der Kräfte im Grenzabschnitt gewährleistet. Bemerkbar waren eine gewisse Ratlosigkeit und eine abwartende Haltung. Klar war jedoch, dass der Befehl des Kommandeurs des Grenzkommandos auszuführen war.

Im Raum stand die Frage: Keine Anwendung von Gewalt – wie wird sich das entwickeln?

Natürlich wurde die Lage beurteilt, z.B. auf welchen Wegen die Reserven auch auf Umwegen im Grenzabschnitt zum Einsatz gebracht werden könnten und wie ihre Führung zu gewährleisten war. Ihr Einsatz unterblieb jedoch, da sich der Kommandeur des Grenzregimentes und auch ich nicht für ihre Zuführung in den Grenzabschnitt, aufgrund der unübersichtlichen Lage, entscheiden konnten. Der Kommandeur des Grenzregimentes führte seinen Truppenteil aus seinem Lagezimmer, denn so konnte er die direkten Verbindungen zu den Grenzübergangsstellen nutzen.

Für den Kommandeur des Grenzregimentes, seine Führung und auch für mich, war die Entwicklung der Lage an der Grenzübergangsstelle Chausseestraße und im Abschnitt Reichstag-Brandenburger Tor beunruhigend. Vom 09. zum 10. November um Mitternacht konzentrierten sich die Schaulustigen am Brandenburger Tor, sicher in Erwartung seiner Öffnung. Ohne Eingreifen zu dürfen, machtlos, mussten die Grenzsoldaten die Zerstörungen der „Mauerspechte“ zulassen.

Die sogenannte Panzermauer vor dem Brandenburger Tor und der Innenraum waren von mehreren Tausend Menschen besetzt. Nach realistischer Einschätzung der Lage wurden keine Maßnahmen zu deren Räumung eingeleitet, also jeglicher Konfrontation aus dem Wege gegangen. Erst am 10.11.1989 gegen 03.30 Uhr waren zu den 100 Mann des Grenzregimentes 36 ca. 450 Offiziere und andere Reservekräfte des Stabes des Grenzkommandos und der Grenzausbildungsregimenter vor Ort eingetroffen. Dadurch konnten erste Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage eingeleitet werden.

Ich hebe an dieser Stelle besonders hervor, dass der vom Kommandeur des Grenzkommandos erteilte Befehl im Grenzregiment 36 der Lage entsprechend erfüllt wurde. Mit Beruhigung der Lage in den Morgenstunden des 10.11.1989 – die Masse der Menschen war nach dem spontanen Gang über die Grenzübergangsstellen aus Westberlin zurückgekommen, Konfrontationen und Angriffe waren ausgeblieben, Verletzte gab es nicht – beendete ich meine Unterstützung im Grenzregiment 36 gegen 07.00 Uhr und übernahm um 17.00 Uhr des gleichen Tages die Führung am Brandenburger Tor.

Der mir vom Kommandeur des Grenzkommandos am 09.11.1989 gegen 23.30 Uhr erteilte Befehl (an anderer Stelle zitiert) ist in einigen Truppenteilen, insbesondere in den Grenzregimentern im Raum Potsdam nicht zeit- gerecht eingegangen. Darüber hinaus wurde der Befehl zur Einnahme der Erhöhten Gefechtsbereitschaft ohne Einschränkung von Elementen per Signal durch den Stab des Grenzkommandos an die Truppenteile übermittelt.

Dieses Führungsversagen hatte zur Folge, dass in den Grenzregimentern 42 und 44 sowie im Grenzausbildungsregiment 40 die Kampftechnik in Kolonnen aufgestellt wurde und im Nachhinein korrigiert werden musste. Die Ursachen dafür sind schwer zu ermitteln.

Ich weiß, dass ich mich wiederhole. Aber ich wiederhole es gern: *Unvergessen und immer wieder zu würdigen sind die Handlungen der Kommandeure und Vorgesetzten aller Führungsebenen der Grenztruppen der DDR, der zum Grenzdienst eingesetzten Kräfte, der Kommandanten der Grenzübergangsstellen, der Leiter der Passkontrolleneinheiten und der Angehörigen des Zolls. Durch ihre Entscheidungen und beeindruckende Dienstauffassung gelang es, das entstehende Chaos zu vermeiden, den gewaltigen Strom von Menschen und Kraftfahrzeugen in halbwegs geordnete Bahnen zu lenken,*

schwere Unfälle zu verhindern und Aktivitäten zu unterbinden, die zu blutigen Zusammenstößen hätten führen können.

Der hohen Moral, der Umsicht und dem Verantwortungsbewusstsein dieser Kräfte ist es zu verdanken, dass es in dieser bewegten Nacht und in den folgenden Tagen keine Verletzten oder Toten gab (abgesehen von einigen Betrunknen und den einen oder anderen, der im Gedränge Blessuren erlitt). Und das alles trotz Massenansturm auf die Grenzübergangsstellen und die Staatsgrenze der DDR.

Einfügen möchte ich hier, dass diese Worte auch für die gelten, die in den Grenzkommandos NORD und SÜD ihren Dienst taten. Der 25. Jahrestag der Öffnung der Grenzübergangsstellen wird mit Sicherheit von den Politikern und den Medien, die in der Gegenwart den Zeitgeist prägen, anders und wahrheitswidrig dargestellt. In Vergessenheit werden die damalige Anerkennung und die Dankesworte, die überreichten Blumen und Geschenke geraten. Niemand wird sich daran erinnern wollen, den an der Grenze der DDR Diensttuenden auch einmal eine Tasse Kaffee gereicht zu haben. Vergessen wird sein, wer durch seine Besonnenheit nicht zur Waffe gegriffen hat und kein Schuss fiel, der Frieden erhalten blieb.

Ich bin und bleibe stolz darauf, Mitgestalter in diesen bewegten Nächten und Tagen gewesen zu sein. An dieser Haltung ändert auch die Tatsache nichts, dass ich nach der sogenannten Wiedervereinigung im Zuge der politischen Strafverfolgung zu drei Jahren Haft wegen Beihilfe zum Totschlag, 38.000€ Prozesskosten verurteilt wurde und weitere Demütigungen hinnehmen musste.

Die Welt ist in den vergangenen 25 Jahren nicht friedlicher geworden. Wir waren und sind in der Welt von heute Zeugen von neuen Kriegen, an denen, deutsche Soldaten auf die eine oder andere Art beteiligt sind. Kriegsherde wie der Nahe Osten, Nordafrika, Afghanistan und auch die Ukraine beobachten wir mit Sorge. Genugtuung empfinden wir darin, dass wir als Angehörige der Grenztruppen auch in diesen bewegten Tagen einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa geleistet haben.

Trotz der 25 Jahre andauernden Beschimpfung der DDR als eine „Diktatur“, einen „Unrechtsstaat“ mit einem „Schießbefehl“ lasse ich nicht zu, dass meine Lebensgeschichte dem Zeitgeist geopfert wird. Ich stehe zur meiner Verantwortung als Angehöriger der Grenztruppen der DDR.

Oberst a. D. Heinz Geschke

Redaktionell, mit Zustimmung des Autors, bearbeitet von: Oberst a. D.

Heinz Schubert

Aus meinem Tagebuch (Auszüge)

*Von Oberstleutnant a. D. Harald Hentschel
Leiter der Politabteilung eines Grenzregiments und Stellvertreter des
Regimentskommandeurs*

09.11.1989

Schabowski verkündet „Grenzöffnung“ – meine Notiz:
Das Chaos nimmt seinen Lauf – das ist das Ende des Sozialismus,
meiner militärischen Laufbahn. Meine Welt bricht zusammen.
Alles wofür ich gedient habe ist vorbei!

11./12.11.1989

Mein schlimmster Tag in der gesamten Dienstzeit: 19.35 Uhr
Befehl vom Kommando der Grenztruppen. Es wurde gefordert,
über Nacht die Grenzmauer an der Werrabrücke bei Vacha wegzureißen,
eine Straße von ca. 3 km Länge samt Fußweg zu bauen. Die ganze
Nacht über ungezählte Telefonate geführt.

Befehl - Widerruf – Befehl – Widerruf .

Als dann Heinz Schubert am Telefon war, war ich froh, denn er kannte
als früherer Kommandeur den Abschnitt und wusste um die Realität.
Die chaotischste Dienstnacht endete am Sonntag, den 12.1.1989 um
08.07 Uhr. Herr Bergmann, der Stellvertreter des Vorsitzenden des
Rates des Kreises, passierte als erster einer Schlange von Hunderten
Fahrzeugen die Grenze.

12.11.1989

gegen 11 Uhr:

Ich war nach über 30 Stunden Dienst zu Hause. Unsere erste Grenz-
übergangsstelle (GÜST) war eröffnet. Bis dahin hatten wir keine einzige
und wir waren auch das einzige Grenzregiment, das nie eine Grenz-
übergangsstelle hatte. Das sollte sich in den nächsten Tagen ändern.

13.11.1989

„Blitzartig“ nach Geisa, angekündigt war die Stürmung der Grenz-
anlagen durch ca. 2.000 Personen. Ca. 25 Personen mit Kerzen kamen
an das GSZ-Tor (Tor des Grenzsignalzauns) der Straße Geisa – Rasdorf,
stellten Kerzen ab und verließen gegen 21.30 Uhr ohne irgendwelche
Zwischenfälle den Abschnitt. Befehle seitens vorgesetzter Stäbe zu
Verhaltensmaßnahmen unsererseits gab es nicht. Ich beschloss für
mich, nach gesundem Menschenverstand zu handeln, was sicher das
Beste war.

Ich kam zur Überzeugung, jede Konfrontation möglichst zu vermeiden und die weiteren Grenzöffnungen nach Möglichkeit einigermaßen geordnet zu vollziehen.

14.11.1989

Befehl von „oben“: Einsatz der Grenztruppen an den Grenzübergangsstellen ohne Waffen!

15.11.1989

Beratung im Kulturhaus „Rudi Arnstadt“, Gemeindeverband Geisa/Motzlar. Sie forderten die Eröffnung von weiteren Grenzübergangsstellen.

Wir, die Vertreter der Grenztruppen, versuchten unter Verweis darauf, dass Minen zwar geräumt, jedoch bei den schwierigen Geländebedingungen möglicherweise noch da und dort einzelne liegen könnten, weil wir einfach nicht die Kräfte und Mittel hatten, das zu bewerkstelligen. Ich hatte aber auch tatsächlich Angst. Was wäre, wenn ein Bürger auf eine Mine träte? Wer wäre verantwortlich?

16.11.1989

16.00 Uhr:

Forum an der Straße F 84, Buttlar – Rasdorf mit ca. 500 Bürgern am Grenzsignalzaun. Ich ersuchte die Bürger, die Gefahr von Minen nicht zu unterschätzen, ließ aber dann doch das Tor öffnen und ließ dann die Bürger bis zum 6m-Grenzkontrollstreifen. Alle verhielten sich sehr diszipliniert, keiner betrat den Kontrollstreifen. Auf der Westseite stand der Bürgermeister von Rasdorf mit Einwohnern aus seiner Gemeinde. Es wurden mehrere Kirchenlieder gesungen. Danach fragte der Bürgermeister von Buttlar, ob er mit seinem Rasdorfer Kollegen am Sperrzaun sprechen dürfe.

Ich bejahte, ging mit dem Bürgermeister über den Kontrollstreifen und gab Herrn Jost, dem Bürgermeister von Rasdorf, zu verstehen, dass er herankommen kann. Es wurden mehrere Absprachen für die nächsten Tage getroffen, weitere geordnete Treffen am Zaun, ohne den Kontrollstreifen zu überschreiten. Gegen 21.30 Uhr war ich zu Hause. Die Menschen in Buttlar hatten sich sehr anständig verhalten. Mir wurde jedoch klar, dass die Grenze und wir Grenzer ausgedient haben. Mein Entschluss war gefasst: Ich verabschiedete mich anständig und werde überall, wo sich Leute an dieser Grenze versammeln, selbst hingehen und mit ihnen reden, damit es möglichst keine Zwischenfälle gibt. So habe ich es auch gehalten. Einer Reihe von Offizieren war es sehr recht, dass sie dies nicht zu machen brauchten.

16.11.1989

15.00 Uhr:

Von Buttlar kamen ca. 150 Bürger mit Sägen, Hacken, Äxten etc. Sie beseitigten entlang der F 84 Buschwerk und schafften Ordnung in Vorbereitung auf die Eröffnung der Grenzübergangsstelle.

18.11.1989

Die Grenzübergangsstelle Buttlar wurde eröffnet. Anlässlich dieser Eröffnung schlossen der Bürgermeister Leichsenring für den Rat der Gemeinde Buttlar und Oberstleutnant Hentschel für das Grenzregiment eine Vereinbarung: Wegen der bei der Vorbereitung und Durchführung der Grenzöffnung durch die Grenztruppen der DDR erwiesenen Hilfe und Unterstützung übernahm die Gemeinde ab sofort die Pflege und Instandhaltung der Gedenkstelle für Waldemar Estel an der Straße F 84. Durch die Dienststelle der Grenztruppen wurde die weitere gute Zusammenarbeit mit der Gemeinde gewährleistet. Ich empfand eine gewisse innere Freude, dass alles so gut gelaufen war, hoffte, dass die Leute überall so vernünftig sind und glaubte, wenn wir als Grenzer so sind, werden alle anderen auch so sein!

24.11.1989

Das Grenzkommando Süd (GKS) wurde aufgelöst (Appell) – das ist ein weiterer „Sargnagel“.

27.11.1989

An der Grenze Andenhausen – Tann wurde das Grenzsignalzauntor aufgebrochen. Die Täter wurden offensichtlich gestört und verließen den Tatort, ohne in den Grenzabschnitt gelangt zu sein.

In Empfertshausen Demo von ca. 300 Personen unter Anführung des Pfarrers. Vor den Wohnblöcken der Grenzer wurden Parolen gerufen: „Beseitigung der Grenzanlagen“, einzelne Rufe „Aufhängen!“ Angst und Sorge – wie ist es möglich, dass Menschen sich so aggressiv verhalten und Morddrohungen ausstoßen. Es werden Maßnahmen zum Schutz der Familien mit den Grenzern in Empfertshausen abgesprochen und abgestimmt.

Seit 09.11. – 30.11.1989

Entlassung mehrerer Fähnriche, mehrere Parteiaustritte. Zerfallserscheinungen werden immer deutlicher. Ich habe für mich festgelegt, dass ich meinen Fahneneid erfülle, solange die DDR existiert. Ein Parteiaustritt kommt für mich niemals in Frage, meine Partei ist nicht E. Honecker oder... Meine Partei, das sind meine Genossen, mit denen ich zusammen kämpfe!

28.11.1989

Festnahme eines Unteroffiziers des MSR-23 – Fahnenflucht verhindert im Grenzabschnitt II.

Gegen 20.55 Uhr: ich öffnete das Grenzsignalzauntor an der Straße Andenhausen – Tann und ca. 1.500 Leute „stürmten“ nach Theobaldshof. Gegen 19.00 Uhr: Demonstration von Andenhausen ... zum Katzenstein, große Angst, da mit Brandstiftung und Zerstörung gedroht wurde. Morddrohungen wurden gegen die Beschäftigten des Katzensteins ausgestoßen. Die Demonstranten liefen weiter zum Tor des Grenzsignalzauns an der Straße Andenhausen – Tann. Die Menschenansammlung wurde immer größer. Ich hielt eine Ansprache, machte darauf aufmerksam, dass die Grenze in den nächsten Tagen hier geöffnet wird, es muss jedoch vorher noch eine Minensuche durchgeführt werden. Das wurde verstanden. Die ersten begaben sich auf den Rückweg. Plötzlich kam ein Bus, eine Blaskapelle stieg aus und spielte auf.

„Muss i denn, muss i denn zum Städtle hinaus!“ Alle sammelten sich wieder, es wurde sehr lautstark gefordert, sofort die Grenze aufzumachen, die Situation drohte zu eskalieren. Vorsorglich hatte ich einem Postenpaar befohlen, am vorderen Zaun Streckmetallplatten so zu lockern, dass sofort ein Durchlass geschaffen werden kann. Es waren weiter keine Posten im Abschnitt, obwohl festgelegt worden war: „Keine Grenzöffnung!“ Die ganze Kompanie sollte dies verhindern. Mein Verstand sagte mit: Das geht nicht! Alles bleibt in der Kompanie! Es hätte sonst schlimme Folgen gehabt. Stimmen aus der Masse: „Quetscht ihn durch den Zaun!“ „Aufhängen!“ usw.

Ich war bestürzt! Plötzlich waren 5–10 Kinder um mich herum. Ich sagte sehr laut und deutlich zu den nächsten Erwachsenen, die am Zaun rüttelten und nach vorn drängten: Wollt ihr eure Kinder zerquetschen? Gegen 20.55 Uhr: war die Situation so, dass ich mich entschloss, das Tor zu öffnen und über Funk dem Postenpaar vorn den Befehl gab, die Streckmetallplatten abzunehmen und möglichst die Heranströmenden zu veranlassen, im Gänsemarsch durch die Gasse zu gehen. Ich hatte Angst, eine Mine könne hochgehen, das habe ich der Menschenmenge auch sehr laut und deutlich gesagt! Die Öffnung des Tores und das, was sich dann abspielte, glich der Öffnung einer Schleuse! Wie eine Horde wildes Volk stürzten sie durch das Tor, nicht wenige zerrissen sich dabei die Anoraks oder blieben am Stacheldraht hängen, ich dachte, das kann es doch nicht geben! Ich war zutiefst erschüttert. Menschen! – wie Vieh, das zur Tränke rast! Viele bekannte Gesichter sah ich, aus Dermbach, aus Unteralba, aus anderen Ortschaften, manche froh, sehr viele mit Hass und Feindschaft in den Augen. Wieder und diesmal sehr schmerzlich kam mir die Frage: Warum? Ich fühlte mich sehr allein und sehr elend! Ich erlebte das völlige Gegenteil von Buttlar, es war unfassbar!

Nach- dem der erste Ansturm durch war, die Posten die Ankunft der „Spitzen“ ca. einen km weiter vorn meldeten und mir mitteilten, dass der „Gänsemarsch“ klappte, war ich etwas beruhigt. Plötzlich stand Herr Eckardt, Superintendent, neben mir – im Talar! Er sprach mich an, dankte mir und sagte, dass er eine Eskalation nicht zugelassen hätte. Er wäre dann vorgetreten und hätte mit erhobenem Kreuz die Massen von ihrem Vorhaben abgehalten. Meine Gedanken: verlogen, Ausrede – nichts hätte er bezwecken können, will er sich rechtfertigen? Ich sagte gar nichts dazu, deutete in Richtung Theobaldshof und bemerkte lediglich, er solle dorthin gehen, wohin alle gegangen sind!

Episoden am Runden Tisch in bewegter Zeit 1989/90

- Zeitzeugenbericht -

*von Hans Linke
Abteilung für Sicherheit BL Suhl*

In diesen Tagen gehen meine Gedanken immer öfter zurück an die aufregenden Ereignisse vor nunmehr 25 Jahren. Die bürgerlichen Medien haben sich schon voll darauf eingeschossen und das Trommelfeuer nimmt von Tag zu Tag zu. Die Öffnung der Grenzübergänge am 09.09.1989 wird als Urknall der neueren Weltgeschichte bezeichnet.

Für mich war es Teil der Konterrevolution, der Anfang vom Ende unserer DDR. Einst schrieb Johannes R. Becher als kategorischen Imperativ und zugleich als Mahnung:

„Die Macht ist Euch gegeben, dass Ihr sie nie mehr aus Euren Händen gebt“.

Und nun glitt uns diese Macht Schritt um Schritt aus den Händen. Was war dagegen zu tun? Gewalt schloss ich von vornherein aus. Eine Möglichkeit war die Mitarbeit am Runden Tisch. In Berlin konstituierte sich am 07. Dezember 1989 im Dietrich-Bonhoeffer-Haus der Zentrale Runde Tisch der DDR. Aus heutiger Sicht betrachte ich das als Ausdruck einer neuen Demokratie. Wir hatten die Nationale Front, aber diese Form kannten wir in der DDR bisher nicht.

Wandlungen im Denken, Fühlen und Handeln der Menschen hatten sich Ende der 80er Jahre verstärkt und kulminierten in diesen Monaten in Demonstrationen, Kundgebungen und anderen Formen des Protestes.

Die Runden Tische

Mit den Runden Tischen verlagerte sich die Kommunikation zunehmend von der Straße in öffentliche Gebäude und Räumlichkeiten. Träger dieser Initiativen waren Kräfte der sog. Bürgerbewegung, vor allem des Neuen Forums. Es gab ein zähes Ringen zwischen ihnen und den Vertretern des noch herrschenden Systems der DDR. Es ging dabei keineswegs um die Abschaffung der DDR, sondern um einen besseren Staat als Alternative zur BRD. Es ging um Offenlegen und mehr Transparenz zur politischen, ökologischen, wirtschaftlichen, finanziellen und sicherheitspolitischen Situation. So erhielt auch ich im Februar 1990 eine Einladung zur Anhörung und Aussprache am Runden Tisch des Bezirkes Suhl, eine Zeit, in der ich schon nicht mehr Leiter der Abteilung für Sicherheitsfragen der Bezirksleitung der SED war. Gemeinsam mit mir nahm der Vorsitzende des Rates des Bezirkes, sein Stellvertreter Inneres sowie ein Stellvertreter des Leiters der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit teil. Etwas abseits von uns saß der Bezirksstaatsanwalt, über dessen Rolle in dieser Zeit und speziell in dieser Veranstaltung ich mir nicht im Klaren war. Aber darauf komme ich noch einmal zurück.

Bürgerkomitees und Neues Forum

Hauptgegenstand der Sitzung war das Offenlegen von Strukturen im Sicherheitsbereich, vor allem die Beziehungen zwischen der BL, dem MfS, dem Bereich Inneres und unsere Rolle im Grenzsicherungssystem. Das schwierigste Problem für mich bestand darin, die Rolle des Runden Tisches als neue Form der Demokratie zu verstehen. Hinzu kam, dass zunehmend Tendenzen der Vorverurteilung und der Kriminalisierung unserer Tätigkeit nicht zu verkennen waren. Grundlage der Beratung war der Bericht des „Bürgerkomitees“. Hier zog sich wie ein roter Faden die Anschuldigung, MfS und andere Schutz- und Sicherheitsorgane seien Garanten und Verfechter verbrecherischer Privilegien gewesen. Befehle und Dienstanweisungen hätten sich gegen die Interessen der Bevölkerung gerichtet und mehr zur Unsicherheit als zur Sicherheit beigetragen. Jedem Bürger bekannte Tatsachen wurden als neue Erkenntnisse hervorgehoben. So war man sehr erstaunt darüber, dass der Bereich Inneres so eng mit den Sicherheitsorganen zusammengearbeitet hätte.

Dabei waren einige Wortführer aus den Blockparteien auf Grund ihrer Funktion im Staatsapparat mit dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) eng liiert. Jeder von uns hatte Gelegenheit, zu seinem Verantwortungsbereich Stellung zu nehmen. Unsere Darlegungen, die von Sachkenntnis gekennzeichnet waren, wurden ohne Ausnahme zurückgewiesen. Heftige Diskussionen gab es um die Grenze, die im Bezirk Suhl 400 km lang war und fünf Kreise umfasste. Vor allem die Vertreter des Neuen Forums warfen uns vor, für das gesamte Grenzsicherungssystem verantwortlich zu sein.

Mein begründeter Einwand, dass die Volkskammer der DDR das Grenzesetz beschlossen hat, wurde einfach vom Tisch gewischt. Aber nun noch einmal zum Bezirksstaatsanwalt. Er saß uns direkt gegenüber. Wir fühlten uns wie Angeklagte. Genüsslich zitierte er aus sogenannten „Geheimen Unterlagen“. Wie ich mich erinnere, orientierten sich die Wortführer des Runden Tisches hauptsächlich an diesen Ausführungen, da es sich um Direktinformationen der Bezirksverwaltung des MfS an den ersten Sekretär der Bezirksleitung der SED handelte. So war alles von vielem Misstrauen gekennzeichnet.

Eine sachliche Diskussion kam nicht zustande. Es wurde eingeschätzt, dass die Antworten der Verantwortlichen im alten Stil gehalten, nicht zur Aufklärung von Strukturen, eher zur Verschleierung beigetragen hätte. Mich hat diese Veranstaltung maßlos enttäuscht und mein vorhandenes Vertrauen in neue Formen demokratischer Verständigung tief erschüttert.

Ein zweiter Runder Tisch, speziell Grenzsicherungssystem wurde angekündigt, hat aber niemals stattgefunden.

Zum Schluss und an dieser Stelle gestatte ich mir einen kurzen Blick in die heutige Zeit. Seit Längerem gibt es kontroverse Diskussionen über das Grenzsicherungssystem der DDR. Im Kern geht es um den Doppelcharakter (polizeilich/militärisch) der Sicherung der Grenzen zwischen beiden deutschen Staaten. Nun erschien ganz aktuell ein Buch von Klaus Peter Lapp unter dem Titel Offiziershochschule „Rosa Luxemburg“. Der Autor ist bekannt und bezeichnet sich selbst als Westdeutscher mit ostdeutscher Erfahrung. Er teilt die sich Streitenden in zwei Fraktionen. Die der Reformer und die der Ewiggestrigen-Konservativen.

Die Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V.

Die Reformer haben sich in der Dresdener Studiengemeinschaft Sicherheitspolitik e.V. zusammen gefunden und fabulieren über Themen wie innerdeutsche Grenze, deutsch-deutsche Grenze, den übertriebenen militärischen Charakter, die Zensuren u. a. Ein Mäuschen zwar, aber immerhin. Sie versuchen die Geschichte der Deutschen Grenzpolizei/Grenztruppen(DGP/GT) der DDR neu zu definieren.

Es sind hochrangige ehemalige Offiziere, die im warmen Schoß der NVA und der Militärakademie „Friedrich Engels“ ihre Karriere machten und ihre militärischen u. a. Dokortitel mit Stolz tragen. In Verkennung der Gefahr, dass der Kalte Krieg in einen heißen enden kann (Kalter Krieg war für sie eine Schindmäre), kommen sie zu völlig neuen Schlussfolgerungen.

In ihren Abhandlungen über die letzten 10 Jahre bis zum unblutigen Ende der DDR werden von ihnen Ronald Reagens aggressive Pläne für einen Krieg der Sterne, die Verbannung der Sowjetunion in das Reich des Bösen, der Nato-Doppelbeschluss zur Stationierung nuklearer Mittelstreckenraketen ab 1983 in Mitteleuropa völlig vernachlässigt. Schließlich lief der strategische Langzeitplan des Antikommunisten Brzezinski zur geistigen Unterwanderung und des Todrüstens der sozialistischen Staaten auf vollen Touren. Da nimmt es nicht Wunder, dass Lapp als Streiter für den Zeitgeist, sie in seinem Buch umfangreich zu Wort kommen lässt.

Die Reformer haben keine Skrupel, ihre Biographien, wissenschaftliche Erkenntnisse, ihre Doktorarbeiten und sogar ihre Konterfeis im Sinne des Zeitgeistes mit vielen Zitaten, Eigenbeiträgen von einem westdeutschen Journalisten vermarkten zu lassen. Auch ehemalige Offiziere der Grenztruppen, die vor 25 Jahren nicht nur die Fronten, sondern auch die Uniformen gewechselt haben, werden zu Idolen stilisiert.

Mehr noch, diese Leute nehmen für sich in Anspruch, dass in der schwierigen Zeit der Grenzöffnung kein Tropfen Blut geflossen ist. Auch preisen sie ihre Erkenntnisse für die Sicherung der Grenzen der EU an, wohl wissend, dass dafür militärische Kampfdrohnen schon in der Planung sind.

Zum Schluss lasse ich den Vorsitzenden vom DSS, Prof. Dr. Wolfgang Scheler zu Wort kommen, der allen Andersdenkenden einen Maulkorb verpasst.

In Heft 103-2011, Seite 6, schreibt er:

„...bereit zu sein, seine früheren Ansichten über das Grenzregime der DDR gemäß einem neuen Selbstverständnis zu korrigieren, halte ich für die unabdingbare Voraussetzung, um in der gesellschaftlichen Debatte um das politische und emotionale Thema der deutsch-deutschen Grenze ernst genommen zu werden.“

Das ist eine ungeheuerliche Anmaßung von einem Mann, der nie an der Grenze gestanden hat.

Auch ich bin lernfähig und habe in den letzten Jahren vieles von meinen früheren Ansichten korrigieren müssen.

Aber ich lehne entschieden ab, unter dem Anschein von Wissenschaftlichkeit die Geschichte der Grenztruppen und das Lebenswerk von Generationen zu verfälschen.

Die Wahrheit wird alt, aber sie stirbt nicht.

Die Deutungslosigkeit für die Sicherung der Staatsgrenzen der DDR gehört den nahezu 500.000 Grenzsoldaten und ihren Vorgesetzten, jene, die mit Leib und Leben dafür gesorgt haben, dass an dieser Grenze kein heißer Krieg entstanden ist. Allen, die nicht zu Kreuze kriechen und sich nicht verbiegen lassen rufe ich zu, Kopf hoch und nicht die Hände.

In einer kalten Welt geben wir ihnen Halt und menschliche Wärme.

